

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
Erich Klirringhaus, Berlin.
Telefon: Amt Dönhoff 4196/4196



Adresse für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Zelle-Wilhelm-Platz 3
Druckerschrift: Geydons

Die Herstellung erfolgt im Gollberg-Verlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Rückfragen bitte sofort 4 Wochen vor dem Erscheinungstermin, wenn nicht anders verordnet ist. Erscheinungsort für beide Zelle ist Berlin.

Berlin, den 25. April 1930

Kommunisten-Mai.

Int. Institut
Soz. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Die Kommunistische Partei rüstet auf ihre Art zur Maifeier. Die kommunistische Zentrale will den Maitag benutzen, um die Spaltung der Arbeiterschaft zu demonstrieren. Sie will ihre Anhänger nicht gemeinsam mit der Masse der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter marschieren lassen, sie fürchtet, dass der Funke der allgemeinen Solidarität bei einem gemeinsamen Aufmarsch auf ihre Anhänger überspringen und sie zum Nachdenken über die Rolle der Kommunistischen Partei in der Arbeiterbewegung führen könnte. Furcht vor der Arbeitersolidarität führt die Kommunistische Zentrale am 1. Mai zu einem Akte der Unsolidarität.

Die kommunistische Opposition wiederum tritt für gemeinsame Demonstrationen ein. Sie will in die gewerkschaftlichen Demonstrationen, in die Reihen der Sozialdemokraten und überzeugten Gewerkschaftler hineinkriechen, sie will das beliebte Spiel der Täuschung spielen. Wenn unter 10 000 aufmarschierenden Gewerkschaftern sich ein Kommunist befindet, so ist bekanntlich eine solche Demonstration eine Kundgebung unter kommunistischer Führung!

Die einen wie die anderen denken nicht daran, den Maitag zu einer geschlossenen Willenskundgebung der gesamten Arbeiterschaft gegen das Unternehmertum und gegen die Reaktion zu gestalten. Für sie ist der 1. Mai nur eine Gelegenheit mehr zur Zersetzungsgarbeit gegenüber den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie. Sie entwürdigen den 1. Mai zu einer Demonstration des Hasses gegen die Massenorganisationen der deutschen Arbeiterschaft. Eben das ist es, was das deutsche Unternehmertum von den Kommunisten erwartet. Vor kurzem erst schrieb die "Deutsche Allgemeine Zeitung", die Stimme der sozialen Reaktion in Deutschland, über die Rolle der Kommunisten:

"Was die Kommunisten betrifft, so haben sie in bestimmten Grenzen für das staatspolitische Leben eine nützliche Funktion. Die Kommunisten müssen verhindern, dass die Sozialdemokratie übermächtig wird. Sie sind für den bürgerlichen und kapitalistischen Staat so lange ein wertvolles Werkzeug, dass sie als Pfahl im Fleische der Sozialdemokraten wirken. Es kommt hinzu, dass sie als prinzipielle Gegner des Pazifismus in ihrer Weise für den Gedanken der Wehrhaftigkeit in Kreisen wirken, die solchen Bestrebungen der Staatspolitik sonst schwer erreichbar sind."

Ein wertvolles Werkzeug für den bürgerlichen und kapitalistischen Staat! Die Kommunisten wollen am 1. Mai beweisen, dass dies Lob, das sie von der Vertreterin der ausgesprochenen Scharfmacher erhalten haben, berechtigt ist. Sie haben erst an dem blutigen Ostertag in Leipzig diese Erwartungen erfüllt. Ihr Wirken für den Gedanken der Wehrhaftigkeit hat seine Erfolge gezeitigt, als eine Horde von kommunistischen Verbrechern mit Eisenstücken und Dolchen über drei Polizeibeamte - darunter ein eingeschriebenes Mitglied der Sozialdemokratie - herfiel und ihre Leiber zerfetzte. Das war entschieden prinzipielle Gegnerschaft gegen den Pazifismus, ein Zeichen jener Wehrhaftigkeit, die die Un-

ternehmerpresse bei den Kommunisten mit Freuden begrüsst !

Immer wenn das kommunistische Verbrechen sich in ganzer Scheußlichkeit zeigt, fällt die reaktionäre Meute über die Sozialdemokratie her. Der Sozialdemokratie gilt der Kampf des Unternehmertums, sie ist der Feind, gegen den die Kommunisten zur Freude der Unternehmer Diversion auf Diversion unternehmen. So war es nach dem blutigen Ostersonntag von Leipzig. Die Presse der Reaktion hat aufgeheult nicht gegen die Verbrecher, sondern gegen die Sozialdemokraten.

Deutlich genug ist der Hass erkennbar, mit dem die Reaktion der kommenden Maifeier der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie entgegensteht. Sie bemüht sich heute schon unter Hinweis auf den kommunistischen Janhagel, diese Maifeier als ein Seitenstück zu jenen kommunistischen Aufmärschen der Wehrhaftigkeit hinzustellen, wie wir sie zu Ostern in Leipzig erlebt haben. Das kommunistische Verbrechen dient der Reaktion zur Diskreditierung der Maifeier der organisierten Arbeiterschaft.

Geheime Hoffnungen sind lebendig im Unternehmertum, dass die Kommunisten am Maitag wiederholen, was sie zu Ostern in Leipzig verbrochen haben. Das "wertvolle Werkzeug des bürgerlichen und kapitalistischen Staates" soll der Maifeier der organisierten Arbeiterschaft einen Schlag versetzen. Die organisierte Arbeiterschaft wird an ihrem Teile alles tun, um solche Absichten und Hoffnungen von Kommunisten und Unternehmern zu durchkreuzen!

SPD. Augsburg, 25. April (Eig. Drahtb)

Eine mysteriöse Explosion ereignete sich am Freitag in einer Augsburger Polizeistation. Die Wirkung war so stark, dass drei Wände des Zimmers eingestürzt, die Aktenstände zertrümmert und ein anliegendes Haus beschädigt wurde. Personen kamen nicht zu Schaden, da die anwesenden Polizeibeamten sich rechtzeitig durch die Fenster retteten. Ob es sich um eine Selbstentzündung aufgestapelter Polizeimunition oder um ein Attentat handelt, ist nicht bekannt. Die Polizeidirektion Augsburg verweigerte am Freitag über die Ursache des Unglücks jede Auskunft.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichsregierung sind in letzter Zeit von den verschiedensten Seiten Anregungen und Anträge auf Aufhebung des Stahlhelm-Verbotes im Rheinland zugegangen. Zum Zwecke der Erörterung der durch diese Anträge aufgeworfenen Fragen sind die beteiligten Ressorts des Reiches und Preussens zu einer kommissarischen Aussprache in das Reichsministerium des Innern geladen worden, wie dies bei Angelegenheiten, an denen mehrere Dienststellen beteiligt sind, üblich ist. Zur Sache liegt eine Stellungnahme der Reichsregierung oder des Reichsministeriums des Innern bisher nicht vor.

+ + +
Na also! Was man vor 24 Stunden noch dementierte, wird jetzt bestätigt. Aber warum das Dementi, wenn alles stimmte? Auch das hat seinen Grund und der liegt darin, dass in der Regierung Brüning der eine Minister nicht weiss, was der andere tut. Es gibt Minister in dieser Regierung, die auf eigene Faust handeln, die hinter den Kulissen gegen das eigene Kabinett schieben, die erklären und versprechen, als ob sie und kein anderer die Regierung sind. So offenbart sich statt der von Herrn Brüning verkündeten "Führung" ein heilloses Durcheinander, in dem schliesslich kein Mensch mehr weiss, was alles und an wen versprochen wurde und welche Wechsel auf Grund dieser oder jener Erklärung irgend eines Ministers von der Regierung noch alle eingelöst werden müssen.

Was uns an diesem Widerruf eines offiziösen Dementis aber vor allem noch

interessiert, sind die "verschiedensten Seiten", die mit Anregungen und Anträgen zur Aufhebung des Stahlhelmverbots für Rheinland und Westfalen an die Reichsregierung herangetreten sein sollen. Wir glauben zu wissen, dass diese "verschiedensten Seiten" sich nur aus Stahlhelmern, also aus persönlichen Interessenten rekrutieren und sich ihre Anregungen auf Erklärungen von Mitgliedern der Regierung Brüning stützen. Wer sollte sonst auch ein Interesse an derartigen Anregungen haben? Diesen Interessenten hat sich die Regierung Brüning sofort zu willen gezeigt, obwohl es sich bei der eventuellen Aufhebung des Stahlhelm-Verbots nicht um eine Sache des Reiches, sondern der preussischen Staatsregierung handelt und nach dem üblichen Brauch nur das preussische Innenministerium als die federführende Instanz zu der Einberufung der inzwischen von Herrn Brüning höchstpersönlich veranlassten Konferenz zuständig gewesen wäre. Man mag sich in der Wilhelmstrasse drehen und wenden wie man will: Wenn nicht Stahlhelmer vorgeschrieben hätten, würde man auf die Anregungen gepfiffen haben. Man konnte und durfte nicht pfeifen, weil das Herr Seldte und Konsorten versprochene politische Geschäft jetzt fällig ist.

Als die "verschiedensten Seiten", selbst der christliche Konsumverein vor wenigen Wochen an die Regierung Brüning "mit Anträgen und Anregungen" zwecks Verzicht auf die Ausnahmesteuer für die Konsumvereine herantraten, hat man weder eine Konferenz einberufen noch sonst irgend etwas veranlasst. Nicht einmal auf den Protest des Zentrumsabgeordneten Schlack hat man gehört. Er wurde beiseite gelegt als wäre er niemals zu Papier gebracht worden. Es ist eben etwas anderes, ob Stahlhelmer oder Arbeitervertreter bei der Regierung des Herrn Brüning vorsprechen!

SPD. Paris, 25. April (Eig. Drahtb.)

In der "friedlichen Durchdringung" Marokkos durch die französischen Kolonialtruppen ist wieder eine neue Okkupation zu verzeichnen. Französische Pressemeldungen aus Rabat besagen, dass französische Truppen in der Nacht zum 22. April das berüchtigte Hochplateau von Sgatt besetzt haben, wo die Franzosen im vorigen Jahr etwa um die gleiche Zeit empfindliche Verluste durch aufständische Eingeborene erlitten. Die Besetzung, die kampflos erfolgt sein soll, hatte den "Schutz der von Dissidenten bedrohten lokalen Bevölkerungsteile" des betreffenden Gebietes zum Vorwand. Nach der Besitzergreifung wurde - wie Pariser Blätter melden - auf dem Plateau der Bau von Befestigungsanlagen in Angriff genommen.

SPD. Köln, 25. April (Eig. Drahtb.)

In einer stark besuchten Versammlung der Kölner Funktionäre der S.P.D. führte Reichstagsabgeordneter Sollmann über die gegenwärtige politische Situation u. a. aus:

Die Erschütterung der Regierung Müller wäre nie möglich gewesen, wenn das Zentrum den Willen gehabt hätte, dauernd mit der Sozialdemokratie zu regieren. Es sei kleinlich und täuschend, wenn jetzt Zentrums Presse und Zentrumsführer den Grund zur Auflösung der Koalition allein in der Zuspitzung der Arbeitslosenfrage suchten. Die Koalition hätte früher oder später zusammenbrechen müssen, weil das Zentrum sich längst auf einen Weg begeben hatte, der in den Fragen der Sozialpolitik, der Steuerpolitik und der Wirtschaftspolitik zu einer Trennung von der Sozialdemokratie führen musste. Hinzu getreten sei die unter dem Schlagwort "Kultur bolschewismus" von den Klerikalen geführte kulturpolitische Spannung zwischen Zentrum und Sozialdemokratie. Der hohe Klerus habe versucht, auch in die preussische Koalition Störungen zu tragen. Es sei ihm dort nicht gelungen. Die Sozialdemokratie wisse, dass das parlamentarische

System sie früher oder später wieder in die Regierung bringen werde, deshalb fühle sich die Sozialdemokratie auch in der Opposition von der Verantwortung nicht frei. Die Gesamtpartei müsse sich auf die entschiedenste Verteidigung der parlamentarisch-demokratischen Rechte einstellen und deren Handhabung zur höchsten Meisterschaft entwickeln. Die Forderung des Tages aber sei: Sturz des Kabinetts Brüning, Reichstagsauflösung, Vermehrung unserer politischen Macht und eine neue Reichsregierung unter Führung der Sozialdemokratie.

Die Versammlung stimmte den Ausführungen des Abgeordneten Sollmann einmütig zu.

SPD. Ein Warnungszeichen, das Öffentlichkeit und Reichsregierung alarmieren muss, ist der neue Bericht der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung über die Arbeitsmarktlage. In der ersten Aprilhälfte schritt die Entlastung des Arbeitsmarktes nur langsam fort. Die Abnahme der Arbeitslosigkeit war in mehreren Landesarbeitsamtsbezirken geringer als in der letzten Märzhälfte. Im ganzen erreichte sie nur nahezu das Ausmass der beiden Vorwochen. Dagegen war der Rückgang der Arbeitslosigkeit bedeutend schwächer als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die Überlagerung gegenüber 1929 verstärkte sich infolgedessen von Woche zu Woche.

Die Bewegung auf dem Arbeitsmarkt wird durch die Ziffern über die Inanspruchnahme der Arbeitslosenversicherung und Krisenunterstützung gekennzeichnet, wenngleich diese Zahlen nicht die Gesamtlast der Arbeitslosigkeit wiedergeben. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ist zwischen dem 1. und 15. April 1930 um rund 195 000 Personen auf 1 859 000 zurückgegangen, während sich in der Krisenunterstützung die Unterstütztenzahl um etwa 8 700 Personen auf 302 000 erhöht hat, sodass insgesamt in diesen beiden Unterstützungseinrichtungen Mitte April 1930 rund 2 160 000 Hauptunterstützungsempfänger unterstützt worden sind. Seit dem Höchststand der Arbeitslosigkeit in diesem Jahre Ende Februar betrug die Frühjahrsentlastung in beiden Unterstützungseinrichtungen in den 6 Wochen bis zum 15. April rund eine halbe Million Hauptunterstützungsempfänger. Gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres liegt das Unterstütztenniveau gegenwärtig um insgesamt 480 000 Personen höher. -

Unheimliche Feststellungen! Wir haben es hier mitten im Frühjahr mit einer bedenklichen Verschlechterung des Arbeitsmarktes zu tun. Wenn Mitte April noch 2,2 Millionen Hauptunterstützungsempfänger festgestellt werden, so ist das ein Moment, das bei den massgebenden Stellen allerernsteste Beachtung verdient. Wir sehen, worauf von uns seit Wochen und Monaten warnend hingewiesen worden ist, eine im Vergleich zur Wirtschaftslage unverhältnismässig starke Verschlechterung der Lage auf dem Arbeitsmarkt. Gerade in industriellen Bezirken, wie im Rheinland und in Sachsen ist - der Rückgang der Arbeitslosigkeit nur ganz gering; die Entlastung ist hauptsächlich nur in den landwirtschaftlichen Bezirken, in Ostpreussen, Schlewien und Südwestdeutschland zu beobachten. Wir sehen deutlich, die Auswirkungen der neuen Rationalisierungswelle, der strukturellen Veränderungen in der Industrie, der Stagnation auf dem Baumarkt. Angesichts dieser Tatsachen ist es einfach albern, noch von einem Zweckpessimismus in der Beurteilung der Arbeitsmarktlage zu sprechen, wie die volksparteiliche "Kölnische Zeitung" dem früheren Reichsarbeitsminister Wissell vorwerfen zu müssen glaubte. Wenn man von Zweckpessimismus sprechen darf, dann vielleicht gegenüber den Wirtschaftsführern, die immer noch von der Notlage der Wirtschaft sprechen. Dass die Wirtschaft nicht auf Rosen gebettet ist, muss ohne weiteres zugegeben werden. Aber fest steht ebenso, dass die Wirtschaftslage wesentlich besser ist als die Arbeitsmarktlage. Man braucht sich nur an das schreckliche Jahr 1926 zu erinnern, um sofort den ganzen Ernst der augenblicklichen Situation zu erkennen. Damals betrug am 15. April

die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge, die das heutige Gebiet der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge umfasste, 1 180 000. Heute liegen wir rund um 300 000 Unterstützte höher als damals. Im Vorjahr betrug der Rückgang in der Zeit vom 29. Februar bis zum 15. April 1 Million allein in der Versicherung. Dieses Jahr beträgt der Rückgang im gleichen Zeitraum erst eine halbe Million; in der Krisenfürsorge aber haben wir noch einen Zugang zu verzeichnen. 300 000 Unterstützte allein in der Krisenfürsorge - eine fürchterliche Zahl! Im Jahre 1926 wurde bereits nach 13 Wochen versicherungspflichtiger Beschäftigung Unterstützung gegeben und zwar für die Dauer eines Jahres, während jetzt erst nach 26 Wochen unterstützt wird und zwar nur ein halbes Jahr in der Versicherung.

Wie angesichts all dieser Tatsachen das Kabinett Brüning mit 150 Millionen Reichszuschuss zur Versicherung und 50 Millionen Notstock auskommen will, ist vollkommen schleierhaft. Ihr Optimismus wirkt angesichts der furchtbaren Ziffern geradezu grotesk. Notwendig sind vor allem zwei Dinge: Erhöhung des Reichszuschusses zur Arbeitslosenversicherung und Ausbau der Krisenunterstützung. Wir sind gespannt, ob das Kabinett Brüning zur Linderung der Arbeitslosennot überhaupt etwas unternimmt und was.

SPD, New Delhi, 25. April (Eig. Drahtb.)

Die Lage an der Northwest-Grenze Indiens, die seit dem Blutbad vom Mittwoch - das nach den neuesten Meldungen 52 Tote forderte - überaus gespannt war, hat sich neuerdings weiter verschärft, sodass die britisch-indischen Behörden sich veranlasst gesehen haben, alle europäischen Frauen und Kinder aus dem Bezirk von Peschawar zu entfernen.

Der ausserordentlich widerspruchsvolle Charakter der Meldungen über die Vorfälle in Peschawar ist auf die von der Regierung veranlasste Nachrichtenzensur zurückzuführen. Inzwischen haben die Behörden neue Truppenmassen in das Unruhegebiet entsandt. Urlaub wird den Soldaten bis auf weiteres nicht erteilt. Der Gouverneur des Distrikts Bombay hat ferner die Verstärkung des Militär-Eisenbahn-Hilfskorps um etwa 200 Mann angeordnet.

Im Staate Mysore ist ein Bergarbeiter-Streik ausgebrochen. Die Behörden haben sofort Truppen nach den Grubengebieten entsandt. In Balaghat und Nundydroog war am Freitag ein Zusammenstoss mit der Polizei zu verzeichnen. 20 Personen wurden verletzt.

SPD, Wien, 25. April (Eig. Drahtb.)

Am Sonnabend tritt hier die Jahreskonferenz der Wiener Sozialdemokratie zusammen. Der ihr vorzulegende Bericht weist eine Steigerung der Mitgliederziffern von 417 347 auf 418 055 auf. Die Zahl der männlichen Mitglieder beträgt 267 125 (1928: 267 731), die Zahl der weiblichen Mitglieder 150 930 (1928: 149 616). Der stärkste Bezirk ist Ottakring mit 45 810 Mitgliedern, ihm folgt Favoriten mit 41 163 Mitgliedern. Die Zahl der Vertrauenspersonen beträgt 19 343 gegenüber 18 700 im Jahre 1928. Die Zahl der weiblichen Vertrauenspersonen hat sich von 3 549 auf 3 951 vermehrt. Ein Vergleich der Mitgliederzahl mit der Zahl der sozialdemokratischen Stimmen im Jahre 1927 ergibt, dass über 60 Prozent aller sozialdemokratischen Wähler Mitglieder der Parteiorganisation sind.

SPD. Magdeburg, 25. April (Eig. Drahtb)

Der Bundesvorstand des Reichsbanners erlässt folgende Erklärung: "Das vom Reichsbanner und der französischen Sektion der Ciamac geplante Treffen von Kriegsteilnehmern auf französischen Schlachtfeldern hätte in diesem Jahre nur in sehr beschränktem Umfang stattfinden können. Die französischen Kameraden glaubten, dass ein gemeinsamer Besuch von mehr als 250 deutschen Kriegsteilnehmern auf Schwierigkeiten stossen würde. Der Bundesvorstand des Reichsbanners seinerseits will aber die Tausende von Kameraden, die sich bis jetzt zur Teilnahme gemeldet haben, nicht zurückweisen und hat es vorgezogen, die Fahrt für dieses Jahr abzusagen. Das Reichsbanner kann entsprechend dem Opfermut, dem Aktivitätswillen unserer Kameraden und der Eigenart, seine Ideen zu propagieren, nur dann und nur dort erscheinen, wo der Wille seiner Massen durch Zahl und Wucht seines Auftretens vor aller Welt sichtbar wird. Wir arbeiten gemeinsam mit unseren Freunden in Frankreich weiter daran, die Voraussetzungen für ein Massentreffen ehemaliger Kriegsteilnehmer auf den Schlachtfeldern zu schaffen."

SPD. In der neuesten Ausgabe der kommunistischen "Internationale" bestimmt der augenblicklich einflussreichste Mann der KPD., Remmele, die Richtlinien der KPD. Politik. Nachdem er offen zugegeben hat, dass die bisherige Taktik seine Partei unter den Arbeitermassen nur miskreditiert und isoliert habe, dass insbesondere das Geschrei von der "Verjagung der Sozialdemokraten aus den Betrieben" den Isolierungsprozess nicht hätte aufhalten können, verlangt Remmele wieder einmal die Anwendung neuer taktischer Methoden, besonders aber eine entscheidende Wendung in der kommunistischen Betriebsarbeit.

Zunächst fordert Remmele die grösste Anstrengung, selbständige Kämpfe in den Betrieben auszulösen. Zum Anlass solcher Kämpfe sollen Entlassungen, schlechte Behandlung usw. genommen werden. Für die Zusammenfassung der KPD. Vertrauensmänner wird ein engmaschiges System vorgeschlagen. Die Arbeiterinnen und die Jugendlichen sollen verstärkt mobilisiert werden. Die Aktivierung der kommunistischen Betriebszellen soll durch die Gründung von proletarischen Selbstschutzorganisationen gekrönt werden. Im Vordergrund habe die Politisierung der gesamten Belegschaft zu stehen. Alle wichtigen politischen Ereignisse, Gewerkschafts- und Parlamentsfragen, Streiks und Aussperrungen anderer Betriebe müssen nach Remmele vor dem Forum der gesamten Belegschaften behandelt werden. Dabei wird die Heranziehung und die Bearbeitung besonders der parteilosen aber auch der sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter zur Pflicht gemacht. Schliesslich sei bei jeder Aktion die stärkste Anwendung der Einheitsfront "vor unten" notwendig.

Die Behandlung der Sozialdemokratie soll unterschiedlich erfolgen. Dieser Unterschied soll gemacht werden zwischen der "sozialfaschistischen, konterrevolutionären, arbeiterfeindlichen und korrumpierten Führerschaft", den "privilegierten Betriebsfunktionären" und den "einfachen sozialdemokratischen Betriebsarbeitern und Erwerbslosen". Nur wenn die kommunistischen Funktionäre diese Unterschiede beachteten und eine Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern herzustellen verständen, würde die KPD eine richtige "revolutionäre Kriegsführung" ausüben.

Ja, wenn... Aber soweit dürfte es schon in Anbetracht des Durcheinanders in der KPD niemals kommen und das weiss der Paroleschuster Remmele mindestens ebenso gut wie wir.

SPD. Bochum, 25. April (Eig. Drahtb.)

Der Generalrat des Zentralverbandes der deutschen Konsumvereine, der hier am Freitag eine Sitzung abhielt, fasste zu der unter "Führung" der Regierung Brüning gegen die Konsumvereine beschlossenen Ausnahmesteuer einstimmig folgende Entschliessung:

"Vorstand, Ausschuss und Generalrat des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine stellen mit Empörung fest, dass Regierung und Reichstag die Aufbringung neuer Steuern einzig und allein auf einer ungeheuerlichen Mehrbelastung der Verbraucher aufgebaut haben. Die alles Dagewesene übersteigende Erhöhung der Zölle auf notwendigste Massenbedürfnisse, die Beseitigung der Einfuhr billigen Gefrier fleisches und Schaffung neuer indirekter Steuern auf Bier, Mineralwasser, Tabak, erfordern Milliardenopfer der Verbraucher. Ganz besonders aufreizend wirkte die Erhöhung der "rohesten und unsozialsten aller Steuern", der Umsatzsteuer und ihr Anhängsel, die Steuer gegen die grossen Einzelhandelsbetriebe, insbesondere die Konsumvereine. Durch diese wird das Streben der unbemittelten Familien nach sparsamer Haushaltsführung unter Strafe gestellt, von ihren Einkaufersparnissen wird ihnen ein grosser Teil geraubt.

Im Namen der Verbraucher wird die schleunige Beseitigung dieses schändlichen Unrechtes gefordert. Die organisierten Verbraucher werden mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass sie dieses Unrecht dem unter Führung der Wirtschaftspartei stehenden sogenannten Mittelstande zu danken haben, vor dessen selbstsüchtigen Forderungen Regierung und Reichstag zu Kreuze gekrochen sind. Die Drangsalierung der Konsumvereine muss ihnen Veranlassung geben zur Abwehr des gegen sie gerichteten Schlages, dem konsumvereinsfeindlichen Mittelstand auf allen Gebieten schärfsten Kampf anzusagen, um seinen politischen und wirtschaftlichen Einfluss zu brechen. Deckung des Bedarfs im eigenen Geschäft unter strengster Meidung des rücksichtslosen Feindes und Sammlung aller unbemittelten Verbraucher in den Konsumvereinen muss die bald und gründlich zu lösende Aufgabe aller genossenschaftlich organisierten Verbraucher sein."

Im Anschluss an die Tagung wurde eine Ausstellung eröffnet, die in hervorragender Weise die Ergebnisse der konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion zeigt.

SPD. Am Donnerstag, dem 3. April, rettete Hugenberg die Regierung Brüning, indem er die Parole gegen das sozialdemokratische Misstrauensvotum ausgab. Der Hergang ist bekannt. Die Sitzung wurde eröffnet mit einer Erklärung des Reichskanzlers, die die Einbringung des Agrarprogramms noch vor der Osterpause ankündigt. Jedermann hat in dieser Erklärung das Ergebnis von Verhandlungen zwischen Regierung und Deutschnationalen erblickt. Die gesamte Presse hat danach dieser Meinung Ausdruck gegeben.

Am Abend des 3. April wurde die folgende offizielle Erklärung verbreitet: "In Berliner Blättern ist von nächtlichen Verhandlungen die Rede, die angeblich der Reichskanzler in der vergangenen Nacht mit Führern der Deutschnationalen über die Behandlung der Agrarfragen gehabt haben soll. Demgegenüber wird von zuständiger Seite festgestellt, dass derartige Verhandlungen nicht stattgefunden haben."

Diese amtliche Erklärung ist nicht in Einklang zu bringen mit einer Darstellung, die der Vorsitzende der Deutschnationalen Reichstagsfraktion, Dr. Oberföhrer am 25. April in den Mitteilungen der Deutschnationalen Volkspartei unter der Überschrift "Zur Klarstellung" veröffentlicht. Herr Oberföhrer teilt mit:

"Als ich am 2. April (dem Tage vor der Abstimmung über den ersten Misstrauensantrag) dem Reichskanzler Dr. Brüning erklären konnte, dass der weit überwiegende Teil der deutschnationalen Fraktion für den Misstrauensantrag stimmen werde, wurde er so entgegenkommend, dass ich ihm die Bedingung für eine etwaige Ablehnung des sozialdemokratischen Misstrauensantrages vorschreiben konnte. Meine Bedingung lautete dahin, dass die Regierung erklären sollte, sie werde auf jeden Fall noch vor der Osterpause das Agrarprogramm vorlegen und nach

Möglichkeit zur parlamentarischen Erledigung bringen. Herr Dr. Brüning erklärte sich damit einverstanden, machte aber darauf aufmerksam, dass er zu dieser Formulierung die Zustimmung des Kabinetts brauche. In der Tat hat ihm das Kabinett den zweiten Teil der Erklärung (nach Möglichkeit Erledigung vor der Osterpause) gestrichen, weil man damals eine so frühzeitige Verabschiedung technisch für unmöglich hielt."

Die amtliche Erklärung bestreitet, dass Verhandlungen des Reichskanzlers mit Führern der Deutschnationalen stattgefunden haben. Herr Oberföhrer behauptete nicht nur, dass er mit dem Reichskanzler verhandelt habe, er behauptet weiter, dass das Ergebnis dieser Verhandlungen Gegenstand einer Kabinettsitzung gewesen sei. Wir fragen: Welches ist die zuständige Stelle, die am 3. April festgestellt hat, dass "derartige Verhandlungen nicht stattgefunden haben?"

Lügt Herr Oberföhrer, oder wie erklärt sich sonst dieser seltsame Gegensatz?

SPD. New Delhi, 25. April (Eig. Drahtb.)

Der Präsident der indischen gesetzgebenden Versammlung Patel, der am Donnerstag von seinem Amt zurückgetreten ist, hat dem Vizekönig von Indien zur Begründung seines Schrittes ein Schreiben übermittelt, in dem es u. a. heisst:

"Mein Volk befindet sich in einem Kampf um Leben und Tod für die Freiheit. Die jüngsten Ereignisse haben mich jeder Hoffnung auf eine Sinnesänderung der britischen Regierung beraubt. Ich bin überzeugt, dass Gandhis Gegnerschaft gegen eine Beteiligung des indischen Nationalkongresses an einer gemeinsamen Konferenz mit Grossbritannien vollkommen berechtigt ist, falls nicht vorher von britischer Seite Jndiens Forderung nach vollem Dominionsrang ohne jeden Vorbehalt anerkannt wird. In dieser Lage besteht der einzige ehrenvolle und patriotische Weg darin, dass ich meine Beziehungen zu der indischen Regierung abbreche und den mir zukommenden Platz im Kampfe für die Freiheit Jndiens einnehme."

SPD. Bochum, 25. April (Eig. Drahtb.)

In Bochum wurde am Freitag morgen in der Wittenerstrasse der Reichswehrgefreite Erich Zander aus Bochum mit schweren Verletzungen am Hinterkopf besinnungslos aufgefunden. Ueber die Ursache der Verletzungen schwebt völliges Dunkel, da der Soldat nicht vernehmungsfähig ist und Zeugen vorerst nicht aufzutreiben waren.

SPD. Die Biersteuer ist für die städtischen Einnahmen insofern wichtig, als die Gemeinden städtische Zuschläge erheben können. Die Steuerdeputation des Magistrats der Stadt Berlin hat eine Erhöhung der städtischen Biersteuer von 2 Mark auf 2.25 Mark pro Hektoliter beschlossen.

SPD. Genf, 25. April (Eig. Drahtb.)

Das Völkerbundssekretariat übergab der Oeffentlichkeit am Freitag abend einen Brief MacDonalds vom 21. April, in dem unter Bezugnahme auf die Entschliessung der letzten Völkerbundsversammlung zur Abrüstungsfrage eine kurze zusammenfassende Darstellung der Ergebnisse der Londoner Seeabrüstungskonferenz gegeben wird. MacDonald hebt insbesondere hervor, dass die früheren Meinungsverschiedenheiten zwischen der englischen und französischen Regierung über die Methoden der Flottenbeschränkung beseitigt werden konnten. Er schliesst seinen Brief mit der Feststellung, dass die Londoner Konferenz auf dem Gebiete der Flottenabrüstung einen Fortschritt gebracht habe und die Ergebnisse der Londoner Konferenz die Arbeiten der vorbereitenden Abrüstungskommission sicherlich erleichtern werden.

SPD. London, 25. April (Eig. Drahtb.)

Eine englische Militärflugmaschine stürzte am Freitag über dem Militärflugfeld Lincolnshire ab und geriet nach dem Aufprall auf den Boden in Brand. Die beiden Insassen waren auf der Stelle tot. Damit erhöht sich die Zahl der im Jahre 1930 im britischen Militärflugdienst getöteten Personen auf 20.

SPD. Paris, 25. April (Eig. Drahtb.)

Die französische Kammer hat am Freitag die Generaldebatte über die Steuerermässigungen abgeschlossen.

Der Sozialist Bedouce kritisierte in scharfen Worten die inkonsequente Finanzpolitik Tardieus und wies auf die Unstimmigkeiten seiner neuen Steuerreform hin, die fast ausschliesslich der Börsenspekulation und dem Luxushandel zugute komme und überdies derart zersplittert sei, dass sie keinerlei Erleichterung im Wirtschaftsleben des Landes zur Folge haben könne.

Léon Blum fragte die Regierung im weiteren Verlauf der Sitzung, ob es wahr sei, dass sie die Absicht habe, die deutschen Reparationsanteile in Form von sechsprozentigen Obligationen auf den französischen Markt zu bringen, und ob die Regierung glaube, dadurch den Umtausch der inneren Staatsschuld auf deutsche Schuldanteile zu erleichtern. Die Antwort blieb Tardieu schuldig.

SPD. London, 25. April (Eig. Drahtb.)

Nicht weniger als 320 Personen sind im ersten Vierteljahr 1930 dem Londoner Strassenverkehr zum Opfer gefallen. Das bedeutet eine Steigerung der tödlichen Unfälle gegenüber dem Vorjahre um 25 Prozent.

SPD. Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, der am Donnerstag und Freitag in Berlin eine Ausschussitzung abhielt, nahm in einer Entschliessung zu den Finanz- und sozialpolitischen Vorgängen aus Anlass der Regierungsbildung Stellung. Er begrüsst die "entschlossene und schnelle" Verabschiedung der Steuergesetze als "Voraussetzung für die Gesundung der Finanzlage", ohne die auch eine baldige Überwindung der Wirtschaftskrise nicht möglich sei. Er bedauert die Erhöhung der Umsatzsteuer und die Sondersteuer für die grossen Einzelhandelsunternehmungen, von der vor allem auch die Konsumgenossenschaften betroffen würden. Der früheren Regierung Müller - sic wird ausdrücklich als eine "unter sozialistischer Führung" stehende Regierung bezeichnet, damit die Arbeiter nicht dahinter kommen sollen, dass 4 sozialistischen Ministern im Kabinett 8 bürgerliche gegenüberstanden - wird vorgeworfen, dass ihre "monatelang dauernden fruchtlosen Verhandlungen" über die Sanierung der Arbeitslosenversicherung und der Reichskasse nicht nur dem Ausbau des demokratischen Staates Abbruch getan, sondern auch die wirtschaftliche Entwicklung ungünstig beeinflusst und dadurch die Arbeitslosigkeit vermehrt hätten. -

Diese Anrempelung der Sozialdemokratie ist wahrhaft kindisch; denn auch die christlichen Gewerkschaften wissen zur Genüge, wer durch fortgesetzte Sabotage an der Sanierung der Arbeitslosenversicherung die Lösung der Finanzschwierigkeiten verschleppt hat. Das war in erster Linie die Deutsche Volkspartei. Wenn die christlichen Gewerkschaften die neuen Steuergesetze, die Brüning zusammen mit derselben Deutschen Volkspartei, mit den Landbundagrariern und anderen Interessentenkreisen geschaffen hat, als "Lösung" der Schwierigkeiten betrachten und zugleich über die Erhöhung der Umsatzsteuer und die Sondersteuer zu Ungunsten der Konsumgenossenschaften blutige Tränen vergiessen wollen, so ist das ein allzu bequemer Rechtfertigungsversuch, den die

Arbeiter unmöglich ernst nehmen können. Die Steuergesetze sind gemacht, aber einstweilen sehen wir nur eine furchtbare Verschärfung der Arbeitsmarktlage. Die Sanierung der Arbeitslosenversicherung lässt auf sich warten. Für sie hatte die Regierung Brüning bis jetzt keine Zeit und kein Geld übrig. Um den unbequemen Arbeitslosenschutz drückte sich die Regierung Brüning herum. Den Agrariern gab sie viel, den Arbeitslosen gab sie nichts. Auf diese Weise kann man natürlich sehr schnell zusammen auch mit der Deutschen Volkspartei und den Dissidenten aus dem Lager Hugenberg's Finanzprobleme "lösen".

SPD, Bochum, 25. April (Eig. Drahtb.)

In der Hauptversammlung der Spar- und Darlehenskasse wurde am Freitag mitgeteilt, dass die Kasse in letzter Zeit um insgesamt 214 000 Mark betrogen worden ist. Davon hat der Kassengehilfe Lueg 62 000 Mark unterschlagen; den Rest hat der Rendant Terlunen durch unerlaubte Effektengeschäfte verwirtschaftet. Ein Teil der Verluste kann durch das Vermögen der Kasse und durch Hilfeleistung der Zentralgenossenschaftskasse Münster gedeckt werden. Für 50 000 Mark müssen die Mitglieder aufkommen.

SPD. Der Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei hat am Freitagabend gegen 9 $\frac{1}{2}$ Uhr "mit mehr als 4/5 Mehrheit" des nahezu vollständig besetzten Vorstandes folgende Entschliessung gefasst :

"Der Parteivorstand spricht dem Parteiführer Dr. Hugenberg und dem Vorsitzenden der Reichstagsfraktion Dr. Oberfohren seinen Dank für unbeirrtes Festhalten an den auf dem Kasseler Parteitage und in der Vorstandssitzung vom 8. April aufgestellten Zielen und Richtlinien aus. Er hält es für selbstverständlich, dass sie die Führung von Partei und Fraktion keinesfalls vor Ablauf der Wahlzeit aufgeben. Ihrer Führung und dem geschlossenen Eintreten der Reichstagsfraktion für die Agrargesetze ist es zuzuschreiben, dass deren Vorlage und Annahme entgegen widerstrebenden Teilen der Regierungsmehrheit noch vor Ostern durchgesetzt wurde. Mit dieser Notstandsmassnahme sind jedoch die Voraussetzungen für eine Rettung der Landwirtschaft noch nicht erfüllt. Mit dem Parteivorsitzenden ist der Parteivorstand der Auffassung, dass eine endgültige Behebung der Notlage der Landwirtschaft wie der Wirtschaft überhaupt viel tiefer greifende und zum Teil andersartige Massnahmen erfordert. Die vom Kabinett verkündete Kontinuität der Handelspolitik (polnischer Handelsvertrag, Genfer Vereinbarungen usw.) steht einer wirklichen Sanierung der Wirtschaft ebenso im Wege wie die Fortdauer der marxistischen Vorherrschaft in Preussen. Der Zustand, dass die Vollstreckungsmassnahmen der öffentlichen Kassen, insbesondere auch der Preussenkasse den Landwirt von Haus und Hof vertreiben, ist Selbstmord am eigenen Volke und muss vor allen anderen beseitigt werden.

Wir stehen in Opposition gegen dieses Kabinett, das ohne und gegen uns gebildet zur Fortführung der bisherigen Tribut- und Handelsvertragspolitik entschlossen ist, und das auf dem Wege über Preussen immer noch mit der Sozialdemokratie verknüpft ist. Wir können keinerlei Mitverantwortung für seine Politik übernehmen. Diese Oppositionsstellung und die gegebene Lage verlangt unbedingte Zusammenarbeit von Partei und Fraktion und geschlossenes Auftreten bei den entscheidenden Parlamentsabstimmungen. Der Parteivorstand bedauert, dass im Gegensatz zu der einmütigen und erfolgreichen Haltung der Reichstagsfraktion vom 3. und 10. April eine Mehrheit der Reichstagsfraktion in den Steuerabstimmungen vom 12. und 14. April, veranlasst durch die verständliche und berechnete Sorge um die Not der Landwirtschaft, anders als die Führung gestimmt hat. Die Verkoppelung der Agrarmassnahmen mit der Bewilligung der durch die Misswirtschaft der Grossen Koalition erforderlich gewordenen Steuern war

sachlich nicht begründet. Die Regierung war, auch wenn sie bei den Steuerge-
setzen in der Minderheit blieb, durch ihre Erklärung und das Wort des Reichs-
präsidenten an die Hilfsmassnahmen für die Landwirtschaft gebunden.

Nach den Satzungen legt der Parteivorstand die Richtlinien für die politi-
sche Gesamthaltung der Partei fest. Eine Unterstützung des Kabinetts Brüning
sowie die Mitübernahme der Verantwortung für seine Massnahmen entspricht der
oben festgelegten Gesamthaltung der Partei nicht. Es bleibt dem Entschlusse
der Partei- und Fraktionsführung überlassen, in besonderen Ausnahmefällen eine
abweichende Stellungnahme zuzulassen."

+ + +

Der Annahme dieser Entschliessung ging am Vormittag der Sitzung ein Refe-
rat Hugenbergs über die politische Lage voraus, in der sich am Nachmittag an-
schliessenden Debatte beteiligten sich u.a. für die Mehrheit der deutschnation-
alen Reichstagsfraktion die Abgeordneten Graf Westarp und Wallraff. Es kam ins-
besondere zu ziemlich heftigen Auseinandersetzungen, als einzelne hinter Hugen-
berg stehende Landesverbandsvertreter den Ausschluss von annähernd 15 deutschn-
ationalen Reichstagsabgeordneten forderten. Gedacht war in erster Linie an
Abgeordnete, die für die Agrar- und Steuervorlagen der Regierung Brüning ge-
stimmt haben, ohne rein ländliche Bezirke zu vertreten oder Agrarier zu sein.
Die Landesverbände von Mecklenburg-Schwerin und Niederschlesien haben für den
Fall der Annahme dieser Anträge mit dem sofortigen Austritt aus der Deutschna-
tionalen Partei gedroht. Unter diesem Druck verzichtete man darauf, die An-
träge weiter zu debattieren.

In unterrichteten deutschnationalen Kreisen erklärt man, dass die Ent-
schliessung des deutschnationalen Parteivorstandes praktisch den Bruch mit
der Mehrheit der deutschnationalen Reichstagsfraktion bedeute. Es sei nur noch
eine Frage der Zeit, wann dieser Bruch praktisch vollzogen werde.

+ + +

Die Mehrheit der deutschnationalen Reichstagsfraktion wird sich in den
nächsten Tagen in einer Sondersitzung mit dem Beschluss des deutschnationalen
Parteivorstands befassen.

SPD. Die Berliner Polizei hat am Freitag im Zusammenhang mit dem kommuni-
stischen Mord an dem Studenten Wessel 5 neue Verhaftungen vorgenommen. Ausser
der schon am Donnerstag festgenommenen Wirtin Wessels, der Arbeiterin Salm,
wurden der Führer der Sturmabteilung-Mitte Max Jambowski, dessen Brüder Walter
und Willi, der Arbeiter Walter Janneck und die Kontoristin Else Kron inhaftiert

Die polizeilichen Ermittlungen hatten ergeben, dass sämtliche jetzt in
Haft befindlichen Personen an der Vorbereitung des Attentats und dessen Aus-
führung beteiligt waren. Die intellektuelle Urheberin der Mordtat ist die
Kommunistin Frau Salm, deren Mann ebenfalls Mitglied der KPD ist und dem Roten
Frontkämpferbund bis zu dessen Auflösung angehört hat. Nach der Bluttat kamen
die Teilnehmer in einem kommunistischen Stammlokal zusammen und schworen, kein
Wort über das Verbrechen verlautbaren zu lassen. Jeder, der dennoch ein Wort
darüber spreche, solle der Parteifeme verfallen und durch eine Kugel zum
Schweigen gebracht werden.

Die Tragödie der I.L.P.

(Von unserem Londoner Korrespondenten.)

SPD. Birmingham, im April (Eig. Bericht)

Seitdem die Unabhängige Arbeiterpartei (I.L.P.) ihre alte historische Aufgabe der sozialistischen Propaganda verächtlich zurückgestellt und sich selbst zum sozialistischen Gesetzgeber aufgeworfen hat, konnte es niemand verborgen bleiben, dass ein abschüssiger Weg beschritten sei. Mit dem Schlagwort "Sozialismus in unserer Zeit" begann es, dann folgte die Politik des "living wage", die auf eine rohe Formel gebracht, die sozialistische Verwirklichung durch Lohnerhöhungen zu erzwingen sucht, und auf diese Grundsäulen der neuen I.L.P.-Politik bauten sich in schneller Folge ungezählte, halb zu Ende gedachte Vorschläge und Programme auf. Sie alle zielten darauf ab, die Labour Party "aufzupulvern", neue Gesichtspunkte in das sozialistische Denken der Gegenwart hineinzutragen und einen Typ Sozialismus zu entwickeln, der zwischen dem Sozialismus der schrittweisen Entwicklung und dem Sozialismus der Dritten Internationale hindurchführt. Durch keinerlei propagandistischen Misserfolg entmutigt, durch das Sinken der Mitgliederziffern nicht abgeschreckt und durch die wachsende Entfremdung zwischen der I.L.P. und ihren alten Führern nicht gewarnt, vollzog sich diese Entwicklung nach links immer unbekümmerter und immer bewusster. Sie fand in der beinahe völligen Säuberung des Parteivorstandes von den alten Führern und in der Überantwortung des Parteikommandos an Maxton und seine engeren Freunde ihren weithin sichtbaren äusseren Ausdruck.

Die eigenartige Lage, in die die I.L.P.-Politik hierbei geriet, war durch ein besonderes Moment gekennzeichnet: da sich die Parolen der I.L.P. mehr und mehr in einem politisch leeren Raum bewegten, zeigte sich eine wachsende Schwierigkeit, diesen Gedankengängen praktischen politischen Ausdruck zu verleihen. Im Parlament von 1924 bis 1929 hatten die Mitglieder der I.L.P. eine Mehrheit in der Arbeiterfraktion des Unterhauses. Aber wo immer und wann immer es zu einem Konflikt zwischen den Auffassungen der Gesamtpartei und den Auffassungen der I.L.P. kam (die der Labour Party als ganze korporativ angeschlossen ist), blieben die Parolen der I.L.P. unwirksam. Nur eine kleine, von den Abgeordneten Maxton und Wheatly geführte Gruppe hielt sich streng an die Weisungen der Unabhängigen, d.h. an ihre eigenen Weisungen. Angesichts der überwältigenden konservativen Mehrheit war dies damals praktisch gleichgültig. Ernste Schwierigkeiten konnten jedoch nicht ausbleiben, sobald die Arbeiterpartei zur Regierung zurückkehrte.

Kaum war MacDonalld zum zweiten Male im Sattel, so begannen sich die Folgen der neuen I.L.P.-Politik zu zeigen. Zwar weigerten sich auch diesmal mehr als Neunzehntel aller Arbeiterabgeordneten, mochten sie auch Mitglieder der I.L.P. sein; die Richtlinien der Unabhängigen Partei anzuerkennen. Aber eine kleine Gruppe von Schotten, um einige neue Köpfe verstärkt, stellte die Loyalität gegenüber der I.L.P. immer dann über die Loyalität gegenüber der Arbeiterpartei, wo beide Auffassungen in Konflikt gerieten. War es in den Jahren 24 bis 29 gleichgültig gewesen, ob Maxton und seine Freunde in den Debatten des Unterhauses gegen die Führer der Partei auftraten und bei den Abstimmungen eigene Wege gingen, so wurde ihre Gegnerschaft im neuen Parlament zu einer Opposition gegen die eigene Regierung. Angesichts der überaus schmalen parlamentarischen Basis, auf der die Arbeiterregierung steht, wurde diese Selbständigkeit der Maxton-Gruppe nicht nur zu einer moralischen Schwächung der sozialistischen Regierung sondern zu einer ernstesten Gefahr für ihren Bestand. Die sozialistisch-liberalen Vereinbarungen sind mit eine Folge dieser Unzuverlässigkeit des linken Flügels der eigenen Labourfraktion.

Dies war die Situation, der sich die Ortsgruppen der I.L.P. gegenübersahen, als sie ihre Delegierten zum Parteitag wählten und ihnen ihre Politik vorschrieben. Trotzdem der schottische Landesparteitag sich gegen Maxton ausge-

sprochen hatte, wurde es bald klar, dass die Organisationen der ILP mit ihren 20 - 30 000 Mitgliedern in ihrer Mehrheit die Politik der schottischen Rebelle billigten. Es war daher eine ausgemachte Sache, dass der radikale Flügel auf dem Parteitag den Sieg erringen würde. Die entscheidende Debatte am Ostersonntag in Birmingham brachte daher sachlich keine Überraschung. Überraschend war nur die Tatsache, dass der rechte Flügel der Unabhängigen überhaupt keinerlei ernstesten Versuch machte, alle Kräfte gegen die Maxton-Gruppe einzusetzen. Die alten ILP-Führer, sofern sie der Unabhängigen Partei noch angehören, waren dem Parteitag fern geblieben und selbst jene zahlreichen jüngeren Intellektuellen, die in den letzten Jahren auf den Schultern der ILP ihren Einzug ins Unterhaus vollzogen, hatten sich - ein anderes Wort ist unmöglich - einfach vor ihrer Pflicht gedrückt. So blieb Dollan und wenigen Getreuen die Aufgabe überlassen, auf verlorenem Posten auszuharren. Die anderen Gleichdenkenden hatten es vorgezogen, die ILP ihrem Schicksal zu überlassen.

Indem die Konferenz sich mit dem ganzen Gewicht der Parteiorganisation hinter die Oppositionspolitik Maxtons stellte und überdies durch eine Verschärfung der Disziplin innerhalb der ILP von allen offiziellen ILP-Kandidaten strenge Unterwerfung unter die ILP-Politik forderte, haben die Unabhängigen den offenen Konflikt mit der Labour Party heraufbeschworen. Die ILP hat nach mehrjährigem Zögern den Rubikon überschritten. In jedem anderen Lande wäre damit der weitere Verlauf der Ereignisse bis zum bitteren Ende vorgezeichnet. Der endgültige Bruch zwischen Labour Party und ILP wäre unvermeidlich. In England liebt man klare und logische Entscheidungen nicht. Die weitere Entwicklung ist daher keineswegs mit Sicherheit vorauszusagen. Aber es ist nach dem Beschlusse vom Ostersonntag zum ersten Male in der Geschichte der britischen Arbeiterbewegung überhaupt denkbar, ja möglich geworden, dass die rebellierende ILP aus der Arbeiterpartei ausgeschlossen werden wird. Bedenkt man, dass die ILP die Wiege der Arbeiterpartei war, dass ohne sie die Labour Siege der letzten Jahre und selbst die Arbeiterregierung unmöglich wäre, so wird man ermessen können, was ein solcher Entschluss moralisch bedeutete.

Die ILP selbst freilich würde in ihrer heutigen Geistesverfassung eine solche Entwicklung mit denkbar grösstem Gleichmut hinnehmen. Die Debatte bewies, dass ein Grossteil der Delegierten in diesem Punkt keinerlei Sentimentalität kennt und es beinahe begrüßen würde, von den letzten Rücksichten auf die Labour Party befreit zu werden. Vor die Wahl zwischen der Loyalität gegenüber der Gesamtpartei und dem Bekenntnis zu ihren eigenen Auffassungen gestellt, wird die ILP unbedenklich das letztere vorziehen. So weit haben sich bereits heute die Wege geschieden. Wie immer sich auch die nächste Entwicklung vollziehen mag, eines ist unverkennbar, dass die ILP im Begriffe ist, in England die strategische Rolle, wenn auch nicht die Methoden, der kommunistischen Parteien des Kontinents zu übernehmen. Beim Ersten war sie frei. Sie ist inzwischen zum Knecht und Gefangenen ihrer eigenen Beschlüsse geworden. Ein Zurück ist unmöglich.

Brüning und das Ausland.

(Von unserem Pariser Korrespondenten.)

SPD. Paris, im April (Eig. Bericht)

Noch sind die Tage der Regierung Brüning an den Fingern abzuzählen, aber es bedarf viel Geschick, in so kurzer Zeit soviel Misstrauen und Argwohn im Ausland zu säen, wie sie es getan hat. "Die deutsche Flotte am Scheideweg", ruft es in England und die Londoner Presse erinnert an die Zeiten, Wilhelm II. Polen protestiert gegen die "vertragswidrigen" Zölle in Berlin und beim Völkerverbund. In Paris sehen sich die Parteien und die Politiker erstaunt an und

fragen, wohin der neue Kurs gehen soll? Der "Temps", das Sprachrohr des französischen Aussenministeriums, sagt in seinem Leitartikel vom 22. April: "Die Polen haben recht, sich durch diese Politik berunruhigt zu fühlen, wenn sie sich darüber klar werden, dass die aggressiven Absichten des Deutschen Reiches gegen den polnischen Staat immer klarer hervortreten. Hier ist die wahre Gefahr einer Rechtsorientierung der deutschen Politik." Herr Brüning hat es also innerhalb drei Wochen weit gebracht.

"Temps" hin, "Temps" her! Wir sind nicht seine Freunde und er nicht der unsrige. Wenn wir ihn zitieren, so deshalb, um zu zeigen, wie die deutsche Bürgerblockregierung in den offiziellen Kreisen des Auslandes betrachtet wird. Inoffiziell, vor allem aber in den Linksparteien und bei allen die sich seit Jahre unablässig um die Verständigung mit Deutschland ehrlich und redlich bemühen, dort herrscht bittere Enttäuschung. Die französischen Militaristen und Gewaltpolitiker reiben sich die Hände. Dieses Kabinett Brüning ist drauf und dran; der französischen Linken die Waffen aus der Hand zu schlagen. Es war ein harter, bitterer Weg für diese Linksparteien, von den 400 Milliarden die in Versailles von Deutschland gefordert wurden bis zur Ratifikation des Youngplans; von der beabsichtigten Annexion des Rheinlandes bis zu dessen Räumung. Noch aber ist die Tinte auf dem Youngplan nicht trocken, als das Kabinett Hermann Müller torpediert wurde, als die Schiele und Treviranus in der Wilhelmstrasse einzogen, diese Gegner der europäischen Verständigung, deren Ostprogramm der "Temps" zitiert, um damit seine Ansicht für die Bedrohung Polens begründen zu können. "Camouflage", tönt es wieder an allen Ecken und Enden, und die deutsche Politik wird interpretiert:

Die Sozialdemokraten in der deutschen Regierung, das war bisher der künstliche Nebel, der uns das wahre Gesicht und die wahren Absichten des Reiches verdecken sollte. Jetzt, da Berlin finanziell und politisch erreicht hat, was zu erreichen war, haben die Sozialdemokraten abzuziehen, bis sie wieder einmal zur Maskerade gebraucht werden sollen. Finanzielle und wirtschaftliche Not, Zahlungsunfähigkeit? Alles Camouflage! Am Tage nach dem Youngplan flattert schon die schwarz-weiss-rote Fahne des neuen Panzerkreuzers! Da ist von Geldnot nichts mehr zu merken. Deutschnationale, Schiele, Treviranus, Hugenberg? Können die denn regieren wenn es Zentrum und Demokraten nicht wollen? Sitzt nicht Herr Dr. Wirth in diesem Kabinett, wird es nicht von Brüning geführt, jenen Leuten, von denen soviel gesagt und gesungen worden ist? Tragpfeiler des neuen republikanischen Deutschland, Europäer des Friedens und der Verständigung! Seht sie jetzt ohne Maske: das ist dieses neue Deutschland, dieses friedliebende Volk!

So schreibt die französische Rechte, so argumentiert sie gegen die Linke, so wird in den Versammlungen agitiert, und es ist nicht nur die Diskreditierung der deutschen Politik, es ist die Diskreditierung des gesamten deutschen Volkes deren wir die Regierung Brüning anklagen müssen. Eine Scheidewand beginnt sich wieder am Rhein aufzutun, und es darf die Frage erlaubt sein, was uns dieses Kabinett in aussenpolitischer Hinsicht noch alles bescheren wird, da es bereits nach wenigen Tagen solche "Erfolge" aufzuweisen hat.

Dabei gehen wir uns gewiss keiner Täuschungen hin. Der französischen Reaktion ist im Grunde ihres Herzens eine Regierung à la Brüning willkommen. Sie liefert den französischen Militaristen und Imperialisten was sie brauchen. Innenpolitisch und aussenpolitisch! Denn es gibt eine Internationale der Reaktion, die sich gegenseitig treibt und gegenseitig ergänzt, deren Methoden und Ziele überall gleich sind. Und überall gleich ist ihr Hass gegen die Pazifisten, gegen die Sozialdemokratie, gegen die Gewerkschaften. Ein Macdonald ist dieser Reaktion so unlieb wie ein Hermann Müller. Diese Sozialisten stören nur das Geschäft, schmälern die Prozente und Dividende. Man muss die Wutausbrüche der reaktionären französischen Presse lesen, weil die Labourregierung das Budgetdefizit durch die Erhöhung der Vermögenssteuern deckt, statt es auf die Schultern der Arbeiter und Unbemittelten zu laden; man muss den journalisti-

schen Feldzug der imperialistischen Trabanten gegen das Kabinett Macdonald verfolgt haben, um zu wissen, wie unangenehm es den Schlotbaronen und Krautjunkern in allen Ländern ist, wenn irgendwo Sozialisten in der Macht sitzen. Nur keine "roten Experimente" in der Innenpolitik eines Landes; das steckt an, das ist gefährlich. Die Regierung Brüning hätte ihre Untaten gegen die notleidenden Massen des deutschen Volkes zu einem Chimborasso häufen können, deshalb hätten kein "Temps" und keine "Times" auch nur ein Wörtlein des Tadels gelallt. Wenn aber diese Reaktion glaubt, die Innenpolitik eines Landes von der Aussenpolitik trennen zu können, so täuscht sie sich. Wer innenpolitisch in die Arme der Schiele und Treviranus sinkt, der muss auch aussenpolitisch ihren Willen vollziehen. Wer zur Innenpolitik Ja sagt, muss auch der Aussenpolitik sein Amen geben. Brot- und Fleischzölle gegen das eigne Volk sind zugleich Kampfhandlungen gegen die Einfuhr und damit gegen das Ausland. Was dann einem Schiele recht ist, ist der Schwerindustrie billig. Sie bekommt ihren neuen Panzerkreuzer, denn es gehört der Dachspinsel zum grünen Agrarierhütlein wie die Seemannsmütze auf den Kopf des Kapitänsaspiranten. Damit sind wir glücklich auch in Deutschland wieder in den Zeiten Wilhelms II. Nichts gelernt und nichts vergessen. Das Spiel kann von vorn beginnen. Gegenseitig treibt sich die internationale Reaktion das Wasser auf die Mühlen.

Wenn wir den "Temps" genannt haben, dann geschieht es nicht, weil wir seiner im Kampf gegen die Regierung Brüning bedürften. Wir zitieren das Blatt der französischen Rechten, um zu zeigen, wie die gegenwärtige deutsche Regierung sich in das Konzert der internationalen Reaktion einfügt und einmischt und auch aussenpolitisch für die Zukunft des deutschen Volkes so verderblich ist wie innenpolitisch. Denn dieses Deutschland sollte begriffen haben, dass es eine andere Aufgabe in der Welt zu erfüllen hat, als das wilhelminisch-bismärckische Kaiserreich. Dass es sich fernhalten soll von den Methoden und Händeln des internationalen Militarismus und der internationalen Reaktion, dass es ein Hort des Friedens, des Fortschritts, der sozialen Gerechtigkeit und Wohlfahrt sein muss; wenn es sich den Platz an der Sonne und eine glückliche Zukunft sichern will. Neuen Argwohn und neue Feindschaft gegen das deutsche Volk zu säen, das gegenseitige Misstrauen der Nationen zu mehren, die Verwirrung in Europa zu vergrössern: das ist der schlechteste Dienst, den eine Regierung dem deutschen Volke leisten kann. Und nicht nur den deutschen, sondern den notleidenden Massen aller Länder, die unter den Folgen des Krieges, unter der Last der Rüstungen und unter dem sozialen Joch seufzen und leiden. Eine Regierung, die der Internationale der Reaktion Vorwand gibt, diese Leiden und Nöte zu vergrössern, eine solche Regierung ist ein Unglück für Deutschland. Sie vermindert das Ansehen des deutschen Volkes und belastet es mit Anwürfen und mit einer untragbaren Verantwortung. Sie hemmt den Kampf der verständigungsbereiten Männer und Parteien in allen Ländern. Sie hilft weder Europa noch nützt sie Deutschland. Deshalb ist es an der Zeit, dass dieses Kabinett Brüning verschwindet. Noch ist es Zeit!

Noch ist die Welt nicht frei!

Von Carl Severing.

SPD. Wäre die deutsche Sozialdemokratie wirklich die Partei der Gesättigten, wie ihre Gegner so oft behaupten, dann dürfte sie heute, am Tage der 40. Maifeier mit besonderem Stolze feststellen, wie im Laufe der letzten vier Jahrzehnte eine Reihe ihrer wichtigsten Forderungen Erfüllung, einige ihrer fundamentalsten Grundsätze Anerkennung gefunden haben. Als im Jahre 1889 die Arbeitervertreter der modernen Kulturstaaten die Maidemonstrationen zur Propaganda der Abrüstung und des Volksfriedens, des Achtsturentages und eines wirk-

samen Arbeiterschutzes beschlossen, da war das Echo im Lager des Bürgertums kein einheitliches. Die einen, die so gern mit ihren christlichen Idealen prunkten, von der Heiligkeit der Familie, der Innigkeit des Familienlebens und dem Schutz der werdenden Mutter redeten, waren erbost, dass ihnen durch eine gesetzliche Herabsetzung der Arbeitszeit und einen verbesserten Mutter- und Kinderschutz der Profit geschmälert werden sollte. Die anderen, denen das Kriegshandwerk als das einträglichste erschien und deren Vorstellungen sich garnicht von dem Gedanken befreien konnten, dass Kriege zur Regeneration des Menschengeschlechts notwendig seien, höhnten die Maidemonstranten als unverbesserliche Utopisten. Zwar hatten ihnen schon früher andere "Utopisten" gesagt, dass nicht die unwandelbare Freundschaft und der ewige Friede zwischen allen Völkern Träume seien, sondern der Hass und der Krieg, und dass aus diesen Träumen einst die Völker erwachen würden. Aber für diese Ideale war insbesondere das Militär-Preussen am Ende des 19. Jahrhunderts nicht reif. Wo es sich noch für unüberwindbar hielt, verspottete es die "Wolkenkuckucksheimer" der Maidemonstranten, wo es sich aber schon unsicher fühlte, ging es gegen die Friedenspioniere mit Massregelungen und Verfolgungen vor.

Heute bietet sich uns ein anderes Bild. In Deutschland ist das Prinzip des Achtstundentages nicht mehr in Frage gestellt, ist auch der Mutter- und Kinderschutz auf eine beachtenswerte Höhe gebracht, und Deutschland ist es, das mit grösstem Nachdruck auf eine internationale Regelung der Fragen des Arbeiterschutzes drängt.

Hervorragende Staatsmänner des Bürgertums, die früher in der Front der eisenfressenden Militaristen standen und lieber von ewigen Kriegen, als vom ewigen Frieden träumten, sind heute überzeugte Anhänger des internationalen Schiedsgerichtsverfahrens, ächten den Krieg und geloben Solidarität in der Bekämpfung der internationalen Störenfriede, der Hochverräter der Zivilisation.

Wenn wir das mit berechtigtem Stolz feststellen, weil wir nicht wünschen können, dass man die wenigen Fortschritte in dem trüben Gesamtbild von heute noch künstlich herabsetzt, dann verfallen wir nicht in die Sünde der Selbstgerechten und Saturierten, die sich in eitler Eigenliebe ihre Verdienste bescheinigen und auf ihren Lorbeeren ausruhen. Denn wir wissen nur zu gut, dass zwar die unablässige Propaganda der deutschen Arbeiterschaft zu Gunsten der Verkürzung der Arbeitszeit und eines wirksameren Arbeiterschutzes die ideelle und praktische Einstellung ihrer Gegner allmählich gewandelt hat, dass aber Revolution und Rationalisierung der Fabrikbetriebe ein Erhebliches mit dazu beigetragen haben, den Achtstundentag zu befestigen. Und wäre nicht auch Deutschland vom Geburtenrückgang betroffen, - wer weiss, ob die Sorge um die werdende Mutter, den Säugling und das Kind sich so rührig in der Abwehr von Gesundheitsschädigungen erweisen würde!

Auf ähnliche Gründe ist die Bekehrung der bürgerlichen Staatsmänner zurückzuführen, die vom Saulus der Kriegstreiber zum Paulus der Friedensapostel gekommen sind. Gewiss hat auch hier die Sozialdemokratie in allen Ländern, nicht zuletzt in Deutschland, den Stimmungsboden bereitet, der für eine erfolgreiche Aktion der Verständigungs-Diplomatie unerlässlich war. Aber fast ebensoviel hat der Verlauf und das Ergebnis des Weltkrieges zur Umstellung der bürgerlichen Staatsmänner beigetragen. Auch die sogenannten Siegerstaaten werden ihrer Siege nicht froh; zu gross waren die Zerstörungen, die der Krieg auch bei ihnen angerichtet hat. Und die fortschreitende Technisierung und Chemisierung des Kriegshandwerks lässt erkennen, dass nicht mehr der Kadavergehorsam eines Massenaufgebots gedrillter Rekruten, sondern der Wille und die Ausbildung einer wirklichen Genietruppe den Ausgang eines Krieges der Zukunft bestimmen werden. Und mancher Staatsmann wird sich schon gefragt haben, ob dieser Wille immer und unter allen Umständen vorhanden sein wird...

So bleibt trotz aller Fortschritte und Erfolge die Bilanz nach vierzig Jahren Maifeier: Noch ist die Welt nicht frei! Das lehrt uns insbesondere auch

das Bild, das die politischen Zustände unseres Landes dem Auge des aufmerksamen Beschauers bieten. Der Kampf um die Arbeitslosen-Versicherung ist schliesslich nichts anderes, als ein Kampf um wirksameren Arbeiterschutz, ein Kampf um die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter und letzten Endes ein Kampf um die Würde des Menschen. Das höchste Maifeier-Ideal, um dessen Verwirklichung wir uns mühen, ist doch schliesslich das Heine-Wort: Alle Menschen gleich geboren sind ein adelig Geschlecht! Aus der Arbeitsmaschine, dem denk- und seelenlosen Arbeitstier, den aufstrebenden schaffenden Menschen machen, - das ist der tiefste Sinn der Maifeier. Und dieses Ziel ist noch nicht verwirklicht

Einer der neuen Männer in der Reichsregierung hat vor kurzem gesagt, dass die Zeit immer näher rücke, in der die steigenden Erwerbslosenziffern die Zahlung der Reichszuschüsse an die Arbeitslosenversicherung unmöglich machen werden. Über den Mangel an Selbstvertrauen, dem Wirtschaftsleben Deutschlands neuen Antrieb geben zu können, wollen wir mit dem Urheber dieses Wortes nicht rechten. Wir wollen uns auch heute mit ihm nicht auseinandersetzen über die weiteren Aussichten, die seine hoffnungsschwache Perspektive bieten. Für uns genügt das Wort, um zu erkennen, dass die Kämpfe um die Arbeitslosen noch nicht zu Ende sind.

Die Londoner Abrüstungskonferenz ist mit einem recht mageren Ergebnis geschlossen worden. Das Völkermisstrauen, verwandt mit dem Völkerhass, steht noch zu üppig im Kraut. Und bei uns will man mit dem Bau des Panzerkreuzers B beginnen. Das brauchte in Zeiten wirtschaftlichen Wohlstandes nicht über- raschen. Wer den Grundsatz der Gleichberechtigung der Völker vertritt, muss sich gegen das Diktat einer einseitigen Abrüstung oder Wehrbeschränkung Deutschlands wenden. Aber in einer Zeit, in der einer der lebhaftesten Befür- worter der Flottenbauten von der Unmöglichkeit spricht, den Arbeitslosen Reichszuschüsse zu leisten, in der neue und ungerechte Steuern erhoben werden, um der Defizitwirtschaft des Reiches zu steuern - in dieser Zeit Mittel für Kriegsschiffe zu fordern, das verrät einen Eifer, gegen den das grösste Miss- trauen berechtigt ist. Wir haben nicht um die ersten Erfolge einer wirklichen Friedenspolitik jahrzehntelang gestritten, um nach Ausräumung der grössten Schwierigkeiten wieder rückfällig zu werden.

So ist auch der heutige Maitag Mobilmachungstag für neue Kämpfe, die wir mit den blanken Klingen des Geistes und der Menschlichkeit führen wollen. Wer eine ehrliche Überzeugung sein Kampffeld nennt, dem zürnen nicht die Laster des politischen Rowdytums und der Schimpfbolde. Mit uns sind die Ideale der höchsten menschlichen Gesittung, mit uns ist die wirtschaftliche Vernunft und Gerechtigkeit, mit uns im Bunde ist die Zukunft, und darum wird auch der wirkliche Sieg unser sein.

SPD. München, 25. April (Eig. Drahtb.)

Gegen den sowjetrussischen Handelsvertreter in München, den Kaufmann Max Emsin, wurde vor einigen Monaten ein richterliches Ermittlungsverfahren eingeleitet, weil er angeblich Sprengstoffe aus russischen Beständen einer Nürnberger Firma zum Kauf angeboten hatte. Wie dieses Ermittlungsverfahren ausgegangen ist, hat man nicht gehört. Dagegen wird jetzt bekannt, dass der sowjetrussische Handelsvertreter in München sein Münchener Büro aufgelöst und München verlassen hat.

Der staatenlose Erzherzog. Der unter dem Verdacht der Beteiligung an dem Diebstahl des Halsbandes der Erzherzogin Maria Theresia verhaftete Erzherzog Leopold von Österreich ist gegen Stellung einer Kautions von 75 000 Dollar in New York aus der Haft entlassen worden. Der Erzherzog hat bei der Personalaufnahme angegeben, dass er weder einen Beruf noch eine Staatsangehörigkeit besäße. Mit der Angelegenheit selbst will er in keiner Weise etwas zu tun gehabt haben. Die Gerichtsverhandlung findet am 2. Mai statt.

+ + +
Ein zäher "Blinder". Als am Freitag morgen auf dem Bahnhof Berlin-Charlottenburg der Pariser D-Zug einlief, fand man zwischen den Achsen eines Waggons einen blinden Passagier, dessen Gesicht und Hände vom Russ völlig geschwärzt waren. Der zähe Fahrgast, der die 22-stündige Reise von Paris bis Berlin unter dem Waggon mitgemacht hatte, wurde auf dem Polizeipräsidium als der 20-jährige Pole Stanislaus Lukin aus Warschau festgestellt. Lukin ist vor Wochen ebenfalls auf einer Wagenachse unentdeckt von seiner Heimat nach Frankreich gelangt. In Paris, wo er keine Arbeit fand, ist Lukin nach 13 Tagen ausgewiesen worden. Von Berlin wird er nunmehr nach Polen abgeschoben werden.

+ + +
Raketenflug über den Kanal? Fritz von Opel teilt mit, dass er die Absicht habe, in diesem Sommer Bleriot's Flugwagnis von 1909, den Flug über den Kanal, mit einem Raketenflugzeug, das vom Start bis zur Landung 15 Minuten brauchen soll, zu wiederholen.

+ + +
Der Tod einer Bettschwester. In der Nähe der Ortschaft Tipton Jowa (USA) ist die 75-jährige Frau Mary Wickham gestorben, deren Spleen eine unversiegbare Nachrichtenquelle für die amerikanische Presse gewesen ist. Mary Wickham brachte die letzten vierzig Jahre ihres Lebens im Bett zu, nicht etwa aus Krankheitsgründen, sondern weil sie vor 40 Jahren einen Eid geschworen hatte, ihr Bett bis zu ihrem Lebensende nicht mehr zu verlassen. Was sie zu dem merkwürdigen Eid veranlasst hatte, ist im einzelnen nie bekannt geworden, jedoch sind zahlreiche Versionen im Umlauf, von denen die eines voraufgegangenen Streites mit ihrem Ehemanne die grösste Wahrscheinlichkeit besitzt. Die Verstorbene, eine gebürtige Engländerin, war sehr wohlhabend.

+ + +
Prohibition-Heuchelei und Korruption. Im Bostoner Polizeidepartement (USA) ist ein Korruptionssumpf aufgedeckt worden, der alle bisherigen Erfahrungen auf dem Gebiete der Käuflichkeit der amerikanischen Polizeibehörden weit in den Schatten stellt. Wie sich aus den bisherigen Feststellungen ergibt, erhielten der bisherige Leiter der polizeilichen Prohibitionsabteilung, Oliver B. Garret, und die Beamten seiner Abteilung regelmässige Zuwendungen von der Leitung des Ritz-Hotels, wofür dem Hotel bei seinen Alkoholverkäufen Polizeischutz zugestanden wurde. Der Besitzer des Hotels wurde von Garret und seinen Leuten unter Drohungen gezwungen, monatlich bestimmte Beträge an diese zu zahlen. Wie umfangreich diese "freiwilligen" Zuwendungen gewesen sein müssen, geht daraus hervor, dass Garret und seine Frau mehrere Bankkonten in der Höhe von über 15000 Dollar besaßen. Diese Beträge sind von der Staatsanwaltschaft vorläufig beschlagnahmt worden. Im übrigen blieb es nicht nur bei der Zahlung von Geldern; ein besonderer Raum im Hotel war für die Gesetzeswächter bestimmt, wo dem stets bereitstehenden Alkohol in beträchtlichen Mengen zugesprochen wurde. Der Raum diente gleichzeitig als polizeiliches Hauptquartier und hatte eine ständige Belegschaft, deren Aufgabe es war, auf die wertvollen Alkoholvorräte aufzupassen. Frau Garret fiel die wichtige Aufgabe zu, die Hotelleitung im Namen ihres Mannes rechtzeitig von den geplanten, für die Öffentlichkeit notwendigen Haussuchungen zu benachrichtigen, sodass die nötigen Vorsichtsmassnahmen in aller Ruhe getroffen werden konnten.

+ + +

Skandal in Potsdam.

Rund um die "bessere Gesellschaft".

SPD. Die Skandale in Potsdam, der letzten "Residenz" häufen sich. Neuerdings ist ein Verfahren gegen eine "Dame der Gesellschaft" im Gange. Es handelt sich um die Gattin des Geheimen Rechnungsrates Roether, die wegen Kreditschwinds in 14 Fällen in Untersuchungshaft genommen worden ist.

Unglückliches ancien regime! In Deinem Innern gärt es! Die vornehm distinguierten Fassaden können nicht über den "Zerfall einer Familie" hinwegtäuschen. Nach der nunmehr von einem nachsichtigen Geschick mit dem § 51 bedachten Frau Momm ist es Frau Geheimrat Roether, die auf Kredit kaufte....

Die Potsdamer sind Kleinstädter. Wenn derlei peinliche Dinge in der guten Gesellschaft passieren, hat man ein unerschöpfliches Gesprächsthema. Es lässt sich nach allen Seiten variieren. Unkontrollierbare Gerüchte tun ein Übriges, um die Sensationen auf Tage und Wochen hinaus diskutabel zu machen.

Im Bierlokal spricht sich die Stimme des Volkes am klarsten aus. Die Einheimischen trinken aus hohen schmalen Gläsern ein Bier, das sich "Stange" nennt. Solch eine Stange vor sich und das Herz von Neugier geplagt, kann man höchst angenehm plaudern. "Toll--", sagt einer nachdenklich und fährt mit der Handfläche über den Tisch, gleichsam, um "die Affäre" bildlich vor seinem Nachbarn auszubreiten, "was jetzt alles bei uns passiert! Erst die gnädige Frau Momm und nun die Geheimrätin. Das sind doch alles bessere Leute -- wenn da unsereiner..." "Ja, sagt sein Gegenüber und macht ein paar heftige Züge aus seiner Pfeife, "seit dem wir die Revolution gehabt haben, ist eben die Moral vor die Hunde gegangen. Jetzt hat es auch die vornehmen Kreise ergriffen. So etwas ist schlimmer als eine ansteckende Krankheit --" "Nur die vornehmen Kreise --?" meint ein Dritter höhnisch, "sehen Sie sich doch mal um: mit der Klaugräfin Bothmer hat es seinerzeit angefangen und nun purzelt alle vier Wochen so eine kleine Exzellenz in den Schmutz--". Übrigens was die Revolution anbetrifft--" "Meine Herren!", es handelt sich doch hier nicht um Politik..."

Dann trinkt man Stange und schweigt.

Die Gattin des wegen Geistesschwäche entmündigten Geheimen Rechnungsrates an der Oberrechnungskammer, Frau Helene Roether, hat in 14 Fällen Lieferanten und Kaufleute in sehr erheblichem Umfang geschädigt. Die Geheimrätin, schon mehrfach vorbestraft, genoss auf den respektablen Titel ihres Gatten hin unbeschränkten Kredit, kaufte en masse Möbel, richtete sich ein komfortables Heim nebst Autogarage ein und bezahlte keinen roten Heller. Als ihr die empörten Gläubiger auf den Pelz rückten, fanden sie eine Wohnung vor, die in Wirklichkeit ein zusammenbetrogenes Warenhaus darstellte. Geld haben diese unglücklichen Opfer des Respektsprinzips nie gesehen. Die Geprellten erstatteten Anzeige, worauf die Geheimrätin mit ihrem geistesschwachen Gatten ins Ausland entflohen. Aus Zürich wurden die Beiden als lästige Ausländer abgeschoben. Beim Überschreiten der Grenze wurde das Paar festgenommen. Der Mann ist inzwischen im Krankenhaus gestorben, die Frau, die ihn als willenloses Werkzeug benutzte, befindet sich in Haft. Die Verhandlung gegen die "Frau Geheimrat" wird in Kürze stattfinden.

Wenn man mit einem der Geschädigten spricht - es handelt sich meist um kleine Kaufleute mit servilen Komplexen und einer unbegrenzten Ehrfurcht vor gutklingenden Titeln - ist man sich sofort darüber klar, warum der kriminellen

Dame ihr Coup immer wieder gelingen musste. "Wer konnte so etwas ahnen - -", sagt ein Möbelhändler achselzuckend, "eine Dame der Gesellschaft! Aus bester Familie, soviel man wusste. Von den Vorstrafen hat sie ja nichts erzählt..." "Das ist anzunehmen- -" erwidert der Interviewer mit leisem Spott. "Wem soll man denn noch trauen- -?!" klagt der Mann, "hier in Potsdam - -! Wenn selbst in diesen Kreisen...". Resigniertes Achselzucken. Viel Enttäuschung malt sich auf dem biedereren Bürgergesicht. Der Mann ist nicht nur um sein Geld, sondern auch um eine köstliche Stammtischillusion ärmer geworden.

In der Nachbarschaft der Geheimrätin, 15 Meter von der eleganten Wohnung auf Kredit entfernt, erzählt eine von Klatschsucht überlaufende Bürgersfrau mit neugierblanken Augen jedem, der vorüberkommt, Details von der "riesig interessanten Sache"! "Sie hätten das Weib mal sehen sollen! Wie die tat! als ob sie den Reichtum mit Löffeln gefressen hätte! Und vornehm war sie. Na, wissen Sie, unser Erstaunen, als der Schwindel rauskam, war nicht von Pappe-! Auch eine Dame, finden Sie nicht?! Aber gemunkelt hat man schon sehr lange etwas-. Der Alte musste eben mitmachen. Das war ein ausgemachter Trottel-". Wie selig sich die Frau mit den neugierblanken Augen fühlt, dass sie nun einmal auspacken kann. "Danke" sagt man und geht.

Vornehm, traditionsbewusst und still stehen die Häuser der "kleinen Residenz" da. Aber es riecht nach Müff, es riecht sehr nach Müff und die Fassade bröckelt...

K.K.B.

Vermisste Sahara-Flieger. Ein unter Führung des Militärfliegers Marcheseau von Reggau in Südalgerien nach Nigeria abgeflogene Maschine wird seit über drei Tagen vermisst. Die Riesenstrecke der Wüste Sahara sollte in einer einzigen Etappe zurückgelegt werden. Man befürchtet eine Katastrophe.

Gibraltar in Heuschreckennot. Die vor wenigen Tagen in Marokko gesichteten Heuschreckenschwärme haben nach Überfliegung des Mittelmeeres Gibraltar überschwemmt.

Der betrügerische "Generaldirektor". Der in Halle verhaftete Siedlungsschwindler Terhorst hat im Jahre 1929 ausser dem Heimstättenbaubund noch ein anderes Schwindelunternehmen gegründet: die Allgemeine Abrechnungsbank E.G.m.b.H. in Münster in Westfalen. Die Bank wurde zunächst mit Geldern des Heimstättenbaubundes finanziert, dann aber mit Geldern vom Reiche abgefundener Kriegsbeschädigten gespeist. In kurzer Zeit liefen bei der Allgemeinen Abrechnungsbank 40 000 Mark ein, die Terhorst für sich verwandte. Ausserdem wird dem Schwindler vorgeworfen, eine Abschlussprovision von 36 000 Mark für einen für 72 Mitglieder abgeschlossenen Lebensversicherung eingesteckt zu haben.

Eine Kahnkatastrophe. Auf der Donau ging bei dem ungarischen Städtchen Duna-Szekesö ein mit acht Personen besetzter Kahn unter. Zwei Insassen ertranken, sechs konnten gerettet werden.

Grosse Kälte in New York. New York wird z.Zt. von den Auswirkungen einer heftigen Kältewelle heimgesucht. Nachdem die Stadt bereits sehr schöne Frühlingstage erleben konnte, steht das Thermometer z.Zt. infolge eisiger Winde unter dem Gefrierpunkt.

Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie.

 1. Tag I. Klasse - Vormittags-Ziehung vom 25. April.

2 Gewinne zu je	3000 Mark:	44219					
4 Gewinne zu je	2000 Mark:	62403	108464				
2 Gewinne zu je	1000 Mark:	269927					
4 Gewinne zu je	800 Mark:	110194	300727				
28 Gewinne zu je	500 Mark:	55567	141930	144570	149612	153815	186244
		263142	264464	273650	292862	293231	298924
		356824	386029				
90 Gewinne zu je	200 Mark:	9429	10748	14417	27054	30150	30123
		37615	47957	48828	49493	52791	84660
		121363	134848	139311	143582	146251	149283
		159032	162795	183468	183985	186890	193214
		194444	200928	218769	231485	244287	244641
		246896	261131	262572	264797	277359	298213
		301739	315883	326040	345102	355422	356925
		369608	374222	395670			
184 Gewinne zu je	120 Mark:	2782	19249	19610	30254	31151	31276
		31699	33871	34380	35138	40189	43756
		44974	45121	47564	50518	55109	57058
		58983	61977	63835	71908	77959	80095
		84674	90027	90664	96265	100813	102514
		115556	116653	118054	119278	123158	123222
		124732	125736	134235	143039	143707	144027
		146488	167067	174364	176794	176970	178501
		179920	189152	193499	193775	193859	195437
		201111	202662	214490	220768	223252	226000
		226147	226371	229883	232611	235390	236378
		250976	253479	257700	268651	275038	285062
		288896	298668	331143	334671	342021	351584
		352356	354060	354598	359239	363190	377052
		380991	383023	383324	383738	387172	388362
			390857	392095			

Nachmittags-Ziehung vom 25. April.

2 Gewinne zu je	50 000 Mark:	46995					
4 Gewinne zu je	3000 Mark:	128740	234364				
2 Gewinne zu je	2000 Mark:	270139					
12 Gewinne zu je	1000 Mark:	19756	53657	114088	129921	149458	344240
		97957	169176	193707	219726	251734	
10 Gewinne zu je	800 Mark:	3816	4907	13589	62427	169104	242759
		305947	314589	329141	330291	357351	
12 Gewinne zu je	200 Mark:	1606	1624	16956	39926	47211	50010
		56436	70495	77402	92725	92744	115903
		134504	159298	165918	169572	173332	177508
		186819	191995	200049	202109	217224	234762
		234974	255657	259032	261314	265852	268025
		271735	281330	283498	284234	285881	290242
		309140	313221	321790	324081	331534	333629
		336605	339801	340724	343154	347464	348477
		348665	352017	356351	358503	376665	390250
			393735	399974			

278 Gewinne zu je 120 Mark:	6569	7685	13980	16281	16386	21664
	23327	24197	31471	38701	44355	45111
	49966	50719	53212	55192	57732	58625
	60507	69088	74613	75168	75629	78829
	83245	84698	86924	91620	92551	100248
	100598	100653	107187	107220	108620	109830
	114029	118337	122540	129100	132242	134435
	136381	138986	140209	141051	143376	144127
	146374	148421	148895	150813	150995	151200
	154065	155030	156705	158705	160694	165783
	166743	172007	172511	175100	175764	182971
	191294	195157	196055	196201	199526	201699
	204154	208508	209599	216333	221517	228168
	228551	229766	233047	239377	241105	244261
	246182	249723	251840	253841	254694	261788
	262754	264315	280875	280898	282643	288196
	288773	289897	293042	294756	302105	310020
	314020	318503	323791	323811	324558	324699
	332933	333293	333418	335817	336079	336190
	339827	340211	340454	340793	344759	345550
	346299	346488	351360	354145	355101	355308
	357488	358166	362638	363160	365687	368057
	368070	368917	371952	378194	380207	385140
	388985.					

(S 10)

Anm. f. d. Red.: Auf Wunsch zahlreicher Redaktionen werden wir in Zukunft regelmässig über die Ziehungen der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie berichten. Die Berichterstattung erfolgt ohne besondere Honorierung.

Gewerkschaftliche Rundschau ✘

"Sozialismus" für Dumme.

SPD. Stahlhelmer und Nationalsozialisten liegen einander in den Haaren. Der Stahlhelm ist für die Regierung Brüning, in der massgebende Vertreter seiner Organisation sitzen. In der Frage des Stahlhelmverbotes für Rheinland und Westfalen hat sich daher auch die Reichsregierung bereits zum Fürsprecher des Stahlhelms gemacht. Die Hitlerleute dagegen vermeiden eine zu enge Berührung mit der Regierung Brüning, weil sie heute mehr denn je auf Stimmenfang unter der Arbeiterschaft ausgehen wollen. Der Stahlhelm fürchtet die verstärkte hemmungslose Demagogie der Nationalsozialisten; er hat Angst vor ihrer Konkurrenz. Die Stahlhelmführer schlagen deshalb gegenüber den Hitlerleuten bereits scharfe Töne an. So hat der Major a.D. von Stephani auf einer Stahlhelmtagung, die in Berlin während der Osterwoche stattfand, einen Trennungsstrich zwischen Stahlhelmerei und Hitlerei zu ziehen versucht. Er erklärte, dass der Stahlhelm eine "nationale Verbrämung des Sozialismus" ablehne. Aus den Lehren der Berliner Führer der Nationalsozialisten werde nicht die Volksgemeinschaft, sondern der Bolschewismus geboren. Die Goebbels und Hitler werden Herrn Stephani für diese Worte dankbar sein; denn sie können sich nun erst recht vor ahnungsloser Arbeitern und Angestellten in ein sozialistisch schillerndes Mäntelchen hüllen.

Dass der "Sozialismus" der Nationalsozialisten nur ein Aushängeschild für den Dummenfang darstellt, ist jedem Menschen, der auch nur ein klein wenig Ahnung von den politischen Verhältnissen hat, längst klar. Dass die Nationalsozialisten mit diesem Aushängeschild aber trotzdem bis jetzt Geschäft gemacht haben, zeigt, dass die berühmten Sätze der Wahlrechtsmarseillaise: "Der Feind, den wir am tiefsten hassen, das ist der Unverstand der Massen" auch heute leider immer noch ihre Geltung haben. Worin besteht denn der Sozialismus der Hitler und Goebbels? Da bringt z.B. "Der Angriff" des Herrn Goebbels (in seiner Nr. 33 vom 25.4.) unter der Balkenüberschrift "Der Arbeiter als Packesel" eine verlogene Jeremiade über die Bedrohung der Sozialversicherung durch die Regierung Brüning. Das Blatt schreibt, der Finanzminister Dr. Moldenhauer habe angekündigt, dass die Regierung demnächst daran gehe, im Rahmen eines umfangreichen Programms die Arbeitslosenversicherung und die Krankenversicherung zu "sanieren" und zu "reformieren". Da an eine Erhöhung der Beiträge dieser beiden Zweige der Sozialversicherung bei der Regierung wohl selbst nicht gedacht werde, bleibe nur der Schluss übrig, dass diese "Sanierung" auf einen Leistungsabbau hinauslaufe. So weit die Kritik des "Angriffs" an der Regierung Brüning, und wie sehen nun die nationalsozialistischen Verbesserungsvorschläge aus? Folgendermassen: "Bei der geplanten Reform der Sozialversicherung hütet sich die kapitalistisch=reaktionäre Regierung Brüning natürlich ängstlich, die Dinge da anzupacken, wo wirkliche Reformen möglich wären. Sie hütet sich insbesondere, die Milliarden, die alljährlich für die unproduktive Arbeitslosenfürsorge ausgegeben werden, produktiv im Sinne der Einführung eines allgemeinen Arbeitsdienstpflichtjahres zu verwenden. Ebenso wäre es natürlich auch möglich, dem heutigen System der Krankenkassen eine gesündere Struktur zu geben im Sinne der vielen Vorschläge, die gerade in den letzten Monaten in dieser Richtung gemacht worden sind. Diese Vorschläge laufen bekanntlich darauf hinaus, die viel zu teure Verwaltung der roten Krankenkassen, die einen unverhältnismässig grossen Anteil der Beiträge verschlingt, abzu=

bauer. Aber das würde ja der Bonzenwirtschaft, die sich in diesen Betrieben im letzten Jahrzehnt breit gemacht hat, an den Kragen gehen. Und das darf natürlich nicht geschehen, ebensowenig, wie man die allgemeine Arbeitsdienstpflicht einführen darf, weil namhafte marxistische Führer am Fortbestehen einer Massenarbeitslosigkeit als Herd ewiger Unzufriedenheit und Unruhe geradezu interessiert sind."

Also: Arbeitsdienstpflicht, Gejammer über die zu teure Verwaltung der Krankenkassen und die Entdeckung, dass die Sozialdemokraten und Gewerkschaften am Fortbestehen der Massenarbeitslosigkeit interessiert seien - das ist die Sozialreform des "Angriff". Die Arbeitsdienstpflichtidee spukt schon viele Jahre in vielen Köpfen, die von den Schwierigkeiten und Unmöglichkeiten eines solchen Experiments keine rechte Vorstellung haben. Soeben erst hat selbst die Reichstagung des Christlich-sozialen Volksdienstes das Arbeitsdienstjahr abgelehnt. Bei der Erörterung der politischen Gegenwartsaufgaben erklärte auf der Reichstagung in Kassel der Landtagsabgeordnete Rausch-Stuttgart u.a., dass die Frage der Einführung eines Arbeitsdienstjahres heute noch recht problematisch sei.

Mit dem Gejammer über die teure Verwaltung der Krankenkassen tutet der "Angriff" in das Horn der Sozialreaktionäre. Dieses verlogene Gerde ist schon mehr als tausendmal widerlegt worden. Umgekehrt liegen die Dinge, gerade die Ortskrankenkassen, also die sogenannten roten Krankenkassen arbeiten verhältnismässig billig. Schon im Jahre 1927 hat der Reichsarbeitsminister die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände darauf aufmerksam gemacht, dass nach der amtlichen Statistik von einer zu teuren Verwaltung der Ortskrankenkassen keine Rede sein könne, weil bei ihnen 8,4 % der Gesamtausgaben auf die Verwaltungskosten entfielen, bei den Innungskrankenkassen dagegen 9 % und bei den Landkrankenkassen 10,6 %. Dass von einer zu teuren Verwaltung nicht gesprochen werden kann, zeigt auch ein Vergleich der Verwaltungskosten mit den Leistungen. Von 1914 bis 1928 stiegen die persönlichen Verwaltungskosten von 100 auf 222, die sächlichen von 100 auf 116, die Arztkosten von 100 auf 282, die Krankengeldkosten von 100 auf 269. Aber das alles brauchen Demagogen wie der Nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Goebbels nicht zu wissen.

Ebenso stupid und verlogen wie die Hetze gegen die sog. roten Krankenkassen ist die nationalsozialistische Behauptung, die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften seien an der Arbeitslosigkeit, diesem Herd der Unzufriedenheit und Unruhe geradezu interessiert. Die Hitlerleute haben von der Arbeiterbewegung, vor allem von der Gewerkschaftsbewegung, keinen blassen Schimmer, denn sonst müssten sie wissen, dass Zeiten guter Wirtschaftskonjunktur stets auch Zeiten des Gewerkschaftsaufstiegs waren und niemals umgekehrt. Nicht die freien Gewerkschaften und nicht die Sozialdemokraten, die beide klare und nüchterne Köpfe für fruchtbare politische Arbeit brauchen, sondern die Hitlerleute und die Kommunisten sind die wahren Nutzniesser der Massenarbeitslosigkeit, denn nur Arbeiter, denen Not und Verzweiflung den Verstand geraubt haben, sind eine leichte Beute der faschistischen und bolschewistischen Rattenfänger.

SPD. Auf der Jahrestagung der Austauschstelle der rheinisch-westfälischen Bezirksarbeitergeber-Vereinigungen hat der Geschäftsführer Dr. Reinecke den Gewerkschaften ein Kompliment gemacht. Er erklärte, die Gewerkschaften, die über eine Bürokratie mit zahlreichen Beamtenstab verfügten, hätten frühzeitig ein Spezialistentum ausgebildet, dem die Arbeitgeberschaft, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, noch nichts Gleichwertiges an die Seite stellen könne. Dieser Verbeugung vor dem Können und Kennen der Gewerkschaften folgte ein Abdrücken von den sozialpolitischen Charlatanen Horneffer und Haartz. Deren Reformvorschläge für die Sozialversicherung lehnte Reinecke ab. Er betonte, es komme

nicht darauf an, neue Systeme an Stelle der Sozialversicherung zu schaffen, sondern auf eine gesunde Reform an Haupt und Gliedern.-

Auch diese Abschüttelung der Horneffer und Haartz wird das Unternehmertum nicht hindern, die beiden immer wieder Propaganda für ihre Reformrezepte machen zu lassen und zu unterstützen. Die Gefahr, dass das sozialpolitische Kurpfuschertum unter den hinter Brüning-Regierung stehenden Parteien Einfluss gewinnt, ist daher nicht einfach mit einigen Entrüstungsschreien abzutun, wie das der "Deutsche" (Tagesorgan der Christlichen Gewerkschaft) neuerdings in einem Artikel gegen die sozialpolitische Arbeit der Sozialdemokratie getan hat. Er meint, dass alle, die sich von der Sozialpolitik Brünings nichts Gutes versprechen, zunächst einmal abwarten sollten, ob Brüning eine solche Reform der Arbeitslosenversicherung beschere wie das Kabinett Müller, deren Reform Tausende von Arbeitslosen geschädigt habe. Der "Deutsche", der diesen Satz fertigbringt, erlaubt sich im gleichen Atemzuge zur Freude der Zentrums Presse die Sozialdemokratie die unehrlichste Partei zu nennen.

Die während der Amtsperiode des Kabinetts Müller von der Deutschen Volkspartei erpresste "Reform" der Arbeitslosenversicherung, gegen die die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften fast allein einen verzweifelten Kampf gekämpft haben, nun auf das Konto der Sozialdemokratie schreiben zu wollen, ist schon eine Leistung. Die Devise des "Deutschen" für die Abwehr sozialdemokratischer Angriffe gegen die Regierung Brüning lautet allem Anschein nach: "Unverschämtheit steh mir bei".

SPD. Jahreserträge in der Landwirtschaft werden nur zum Schein abgeschlossen - dieses schöne Bekenntnis machte dieser Tage der Vertreter eines verklagten Gutsbesitzers vor dem Kölner Arbeitsgericht. Ein fristlos entlassener Landarbeiter klagte auf Kündigungsentschädigung mit der Begründung, er habe einen Jahresvertrag und müsse bis zum Schluss des Jahres beschäftigt werden. Der Vertreter des Gutsbesitzers erklärte, die Jahresarbeitsverträge würden nur zum Schein abgeschlossen, weil die Landwirte auf diese Weise keine Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu zahlen brauchten; in Wirklichkeit gelte die gesetzliche Kündigungsfrist.

Das Kölner Arbeitsgericht liess sich auf diese Begründung nicht ein und es kam schliesslich zu einer Einigung, wonach der Kläger bis zum Ablauf des Vertrages weiterbeschäftigt wird und eine Entschädigung von 70 Mark erhält.-

Vielleicht beschäftigt sich das Reichsarbeitsministerium einmal mit den Scheinverträgen in der Landwirtschaft.

SPD. Die italienische Regierung hat dem Senat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der einen Verzicht Italiens auf seine an die Ratifikation des Washingtoner Abkommens geknüpften Bedingungen darstellt. Bisher hatte Italien das Inkrafttreten seiner Ratifikation an die Bedingung geknüpft, dass eine vorbehaltlose Ratifikation Deutschlands, Belgiens, Frankreichs, Grossbritanniens und der Schweiz erfolgt. Der Entwurf sieht starke Ausnahmen vom Achtstundentag vor. Ebenso bringt er keine gesetzliche Sicherung des Ueberstundenzuschlags von 25 %. Ob er unter diesen Umständen mit dem Washingtoner Ueberkommen in Einklang zu bringen ist, erscheint zweifelhaft.



Der Beamtenhaushalt in Zahlen.

SPD. Dieser Tage hat das Statistische Reichsamt das Ergebnis seiner Untersuchungen über die Haushaltsführung von Beamtenfamilien veröffentlicht. Manche Erkenntnis ist jetzt möglich, die unser Wissen von der Haushaltsführung der breiten Massen bereichert, besonders wenn die Haushaltsführung von Beamtenfamilien mit dem Angestellten- und Arbeiterhaushalt verglichen wird. Es sind 498 Haushaltsrechnungen von Beamten, die das Statistische Amt erfasst hat. Freilich zeigt sich auch hier, dass in der Regel nur sorgenlosere Familienväter mit höherem Einkommen wirklich sorgfältig Buch führen können, denn mit 5349 Mark jährlich ist bei den erfassten Beamtenhaushalten das Einkommen fast doppelt so hoch als bei den insgesamt 1,6 Millionen deutschen Beamten im Durchschnitt!

Interessant ist, dass auf den Beamtenhaushalt im Durchschnitt 3,9 Köpfe fallen gegen nur 3,6 Köpfe im Angestelltenhaushalt. Wahrscheinlich wird hier nicht etwa die stärkere Kinderaufzucht, sondern das höhere Alter der erfassten Beamten die Ursache sein. Noch stärker als bei Arbeitern und Angestellten ist das Gehalt des Mannes im Beamtenhaushalt ausschlaggebend bei den Gesamteinnahmen. Er macht 87 % des gesamten Familieneinkommens aus. Die Söhne und Töchter der Beamten mit hohem Einkommen tragen im Gegensatz zu denjenigen der Beamten mit niedrigem Einkommen fast gar nichts zum Unterhalt der Familie bei; sie kosten im Gegenteil, sei es als höhere Schüler, sei es als Studenten, noch Unterhalt für lange Zeit. Obwohl eigentlich gesetzliche Hindernisse der Erziehung von Nebeneinnahmen bei den Beamten entgegenstehen, betragen diese Nebeneinnahmen 11 % der Gesamteinnahmen. Die Art dieser Nebeneinnahmen ist verschieden je nach der Gehaltsgrösse. In den unteren Gehaltsstufen verdient gelegentlich die Frau mit, werden Zimmer vermietet oder Häuser verwaltet, während in den oberen Gehaltsstufen die Nebeneinnahmen im wesentlichen aus schriftstellerischen Arbeiten oder ähnlichen Quellen fliessen. Das Schuldenmachen spielt eine gewisse Rolle im Beamtenhaushalt. Der Beamte hat schliesslich mehr Kredit als der Angestellte, weil er auf Lebenszeit angestellt ist. Bei den 498 vom Statistischen Reichsamt beobachteten Haushaltungen, die, wie gesagt, besonders gut geführt sind, machen die Einnahmen aus der Aufnahme von Schulden nur etwa 2 % im Jahre, immerhin aber doch rund 100 Mark aus.

Von besonderem Interesse ist natürlich die Gliederung der Ausgaben. Für Nahrung betragen sie im Jahre 1776 Mark oder 33 %, für Wohnung 1179 Mark oder 22 %, für Kleidung 745 Mark oder 14 % und für die gesamten sonstigen Bedürfnisse 1649 Mark oder 31 %. Das ist der Durchschnitt für sämtliche Beamtenhaushaltungen. Es zeigt sich aber auch hier, dass, je niedriger das Einkommen, umso schlechter die Wohnungsverhältnisse und umso grösser der Anteil der Nahrungsausgaben am Gesamtbudget ist. Der gutverdienende Beamte mit 9768 Mark durchschnittlichem Jahreseinkommen leistet sich eine Wohnung für 1200 Mark; der Unterbeamte mit 2758 Mark Einkommen kann nur 360 Mark für die Miete ausgeben. Bei dem Unterbeamten fressen die Nahrungsausgaben mit 43 % fast das halbe Einkommen weg, während der hochbezahlte Beamte mit rund 10 000 Mark noch nicht ein Viertel seines Einkommens für Nahrung und Genussmittel ausgibt und trotz-

dem sehr viel besser lebt!

Der Beamte gibt sehr viel weniger für Versicherungen aus als der Angestellte und der Arbeiter; das ist erklärlich, weil für den pensionsberechtigten Beamten Sozialversicherungsbeiträge wegfallen. Immerhin erscheinen jährlich noch 170 Mark Versicherungsbeiträge im Beamtenhaushalt gegen 369 Mark im Haushalt der Angestelltenfamilie. Das dürfte zwei Ursachen haben: einmal versichert sich der mittlere und untere Beamte, weil ihm sonst die Arztrechnungen zu hoch werden, vielfach noch freiwillig bei einer privaten Krankenversicherung, der obere Beamte kann sich auf der anderen Seite aus einem höheren Einkommen oft noch eine Lebensversicherung leisten, die im Todesfalle der Frau zugute kommt oder eine Aussteuerversicherung für seine Töchter.

Recht interessant sind die grossen Unterschiede in der Aufbringung von Verbands- und Parteibeiträgen zwischen Beamten, Arbeitern und Angestellten. Im Arbeiterhaushalt erscheinen Jahresbeiträge für Verbände und Vereine im Durchschnitt mit 65 Mark, im Angestelltenhaushalt im Durchschnitt mit 44 Mark und bei den Beamten mit ihrem sehr viel höheren Einkommen im Durchschnitt nur mit 31 Mark. Man sieht hier, wieviel mehr beim Arbeiter und Angestellten der Knüppel beim Hund liegt. Partei und Verband sind im Daseinskampf für den Arbeiter und Angestellten unvergleichlich lebenswichtiger als für den Beamten. Die Beamten sind zwar fast durchweg "organisiert" aber die Beamtenverbände sind in den seltensten Fällen eigentliche Gewerkschaften, was ihnen auch ermöglicht, mit sehr viel niedrigeren Beiträgen auszukommen.

SPD. Der englische Chemietrust (Imperial Chemical Industries Ltd.) mit dem sich in Deutschland und Europa nur der I.G. Farbentrust vergleichen kann, meldet für das Jahr 1929 einen Reingewinn von 5,8 Millionen englischen Pfund oder rund 116 Millionen Mark. Das sind fast 11 % mehr als im Jahre 1928. Die Reserven wurden auf 335 Millionen Mark erhöht bei einem voll eingezahlten Aktienkapital von 1530 Millionen Mark und einem nominellen Aktienkapital von 1900 Millionen Mark, das also fast noch um 40 % grösser ist als das des deutschen I.G. Farbentrusts.

Von diesem englischen Chemietrust, der erst durch den Weltkrieg gegen die deutsche Chemieindustrie aufkommen konnte, macht man sich in Deutschland kaum richtige Vorstellungen. Er beherrscht heute den grössten Teil der englischen Farben-, Stockstoff-, Düngemittel-, Säuren- und Sprengstoffherzeugung und beschäftigt allein in England über 60 000 Arbeiter und Angestellte. In Kanada, Indien, Australien und Südafrika bestehen fabrikatorische Stützpunkte. Der englische Chemietrust, wie schon sein Name "Imperial" Chemical Industries Ltd." sagt, beansprucht die Chemikalienversorgung des gesamten britischen Reiches für sich, was vor einigen Jahren schon zum Haupthindernis einer Farbenverständigung zwischen ihm und der deutschen I.G. Farben geworden war. Auf dem Stickstoffgebiet sind die deutsche I.G. Farben und der englische Chemietrust seit einigen Monaten allerdings schon einig geworden. Ueber die Chemieinteressen hinaus ist der englische Trust sehr stark an der Edelmetallerzeugung der Welt beteiligt. In Amerika kontrolliert er die International Nickel & Co., die 90 % der Weltnickelproduktion beherrscht, und in Deutschland ist er seit neuerer Zeit zu einem Viertel am Kapital der Hirsch Kupfer- und Messingwerke beteiligt. In den letzten Tagen ist mit der Sowjetregierung ein Lieferungsvertrag abgeschlossen worden. Der englische Chemietrust kreditiert Sowjetrussland Waren im Betrage von 60 Millionen Mark.

SPD. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 23. April werden die Kredite der Reichsbank auch jetzt noch von der Wirtschaft trotz des niedrigen Diskonts von 5 % sehr wenig in Anspruch genommen. Ein deutliches Zeichen für die Fortdauer der wirtschaftlichen Stagnation. Die Wechselbestände sind auf 1630,5 Millionen weiter gesunken. Der Umlauf von Reichsbanknoten beträgt nur 4,1 Milliarden Mark. Auf der anderen Seite dauert die aussergewöhnliche Geldflüssigkeit in der ganzen Welt fort und wirkt sich in neuen Goldkäufen der Reichsbank aus. Die Goldbestände sind wieder gegen die Vorwoche um 7 auf 2557 Millionen gestiegen und die Abnahme der deckungsfähigen Devisen um 2,5 auf 355 Millionen ist nur eine scheinbare, da die sonstigen Aktiven der Reichsbank, offenbar aus zufließenden Auslandsdevisen, weiter um 21 Millionen gestiegen sind. Für ihren Notenumlauf hatte die Reichsbank in der dritten Aprilwoche eine Deckung von 70,9 %, das ist wesentlich mehr als das Gesetz verlangt. Auch die Reichsbank wartet also auf einen neuen Wirtschaftsaufstieg. Sie ist dafür deckungsmässig in einer Weise gerüstet wie noch nie.

SPD. Die indischen Eisenbahnen decken in letzter Zeit ihren Bedarf an rollendem Material in wachsender Masse in Deutschland. Das hängt mit der Durchbrechung des englischen Liefermonopols durch die Einführung internationaler Ausschreibungen bei den indischen Bahnverwaltungen zusammen. Seit Jahresbeginn erhielten bei diesen internationalen Konkurrenzen die Henschel & Sohn A.G. in Kassel den Zuschlag auf 17 Lokomotivkessel, der Kruppkonzern einen grösseren Auftrag für Achsen und Radsätze, und die Hanomag einen Serienauftrag für 16 Lokomotiven mit Tendern. Jetzt hat die indische Bahnverwaltung 44 Lokomotivkessel an Berliner Werke vergeben: Schwartzkopff liefert 34 Kessel und die Lokomotivabteilung der AEG in Hennigsdorf 10 Kessel. Der letzte Auftrag hat einen Wert von 1,4 Millionen Mark. Die englischen Angebote lagen im Preise um etwa 20 % über den deutschen.

SPD. Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat erzielte im Jahre 1929/1930 einen Gesamtabsatz von 117,7 Millionen Tonnen. Dieser Rekordabsatz bedeutet arbeitstäglich gegenüber dem Vorjahr ein Mehr von 5,40 %. Im unbestrittenen Gebiet wurden 35 % abgesetzt, im bestrittenen Gebiet 34,72 %; der Rest kam auf den Werksebstverbrauch und auf den Zechensebstverbrauch. Der Absatz im bestrittenen Gebiet hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht unbeträchtlich erhöht.

SPD. Für den Ausbau der oberschlesischen Kohlenindustrie wird demnächst eine Anleihe von 5 Millionen Dollar oder rund 21 Millionen Mark nach Deutschland fließen. Die Anleihe wird von der schlesischen Grafenfamilie Schafgotsch aufgenommen, einer der führenden Familien des schlesischen Feudaladels, der an der oberschlesischen Kohlenindustrie - Fürsten von Pless, Henckel von Donnersmarck - sehr stark beteiligt ist. Aus der Amerikanleihe sollen an der oberen Oder bei Deschowitz grosse Kokereien mit 120 Öfen und einer Jahresproduktion von 1 Million Tonnen errichtet werden.

Börsenbilanz für April.

SPD. Für den Monat April kann jetzt schon, nachdem für die Zeitgeschäfte die Liquidationskurse festgestellt sind, Bilanz gemacht werden. Vergleicht man die Liquidationskurse vom März mit denen des April, so ergibt sich ein sehr einheitliches Bild: Grossen Gewinnen stehen nicht weniger grosse Verluste gegenüber; an ein und demselben Markt kann man verschiedentlich stark von einander abweichende Kursentwicklungen beobachten. So wird es strahlende und feuchte Augen bei den diesmaligen Abrechnungen geben.

Rekordgewinne wurden von den Bier- und Spritaktien erzielt. Ostwerke stiegen im April von 220 auf 253 %, d. h. um 33 Punkte, und Schultheiss von 276 auf 296 %, d. h. um 20 Punkte. Das sind ansehnliche Gewinne, die vor allem typisch dafür sind, wie die Börse die angekündigte "Verschlechterung" des Biergeschäftes auf Grund der Biersteuererhöhung bewertet! Eine ebenso grosse Steigerung erzielten die Aktien der Continentalen Gummiwerke, in denen laufend Käufe der Gebrüder Opel erfolgten. Sie stiegen von 151 auf 181%, d. h. um nicht weniger als 30 Punkte. Die ausländischen Chadeaktien konnten im gleichen Zeitraum ihren Kurs von 332 auf 367 Rm verbessern, also um 35 Rm. Nicht weit dahinter zurück blieben die Kaliaktien, da die Börse gut über die gewaltigen Gewinne dieser Industrie orientiert ist. Die Führung hatten Salzdetfurth, die von 371 auf 390%, also um 19 Punkte, kletterten. Kali Aschersleben stiegen von 214 auf 223%, um 9 Punkte und Wetseregeln von 216 auf 228%, also um 12 Punkte.

Daneben gibt es noch eine ganze Serie grosser Gewinnbringer. Selbst I.G. Farben gehören, trotzdem sie immer wieder vom Ausland verkauft wurden, dazu, und zwar verbesserten sie ihren Kurs 168 auf 177%, d. h. um 9 Punkte. Stärker befestigt waren noch die Aktien der Verkehrswesengesellschaft, die von 116 auf 127 %, also um 11 Punkte stiegen, eine etwas merkwürdige Erscheinung bei den lauten Klagen über verschlechterten Verkehr, zumal auch die Aktien der Allgemeinen Lokal- und Kraftbahn mit 169 nach 165% recht fest waren. Von besonderen Kurssteigerungen sind ferner noch hervorzuheben Bayerische Motoren mit 88 nach 80%, Hotelbetriebsgesellschaft mit 159 nach 152%, Karstadt mit 137 nach 129%, AEG mit 172 nach 166%, Schlesische Elektrizität mit 174 nach 166 %. Daneben hatte eine ganze Anzahl Papiere Gewinne von etwa 6 Punkten aufzuweisen.

Geteilt war die Entwicklung am Kunstseidemarkt, dem alten Schmerzenskind der Börse. Da Aku (Algemeene Kunstzijde Unie) tageweise auf Dividendenhoffnungen festlagen, konnten sie im April insgesamt von 99 auf 110%, also um 11 Punkte anziehen, dagegen mussten Bemberg von 149 auf 142%, also um 7 Punkte zurückgehen. Klarer ist durch diese Bewegung das Bild von der Kunstseide gewiss nicht geworden.

Demgegenüber gab es eine Anzahl grosse Verlustpapiere. Hier hatten die Führung die Aktien von Zellstoff Waldhof, da aller Voraussicht nach die Dividende gekürzt werden wird. Sie gingen von 210 auf 186 %, also um 24 Punkte, im Kurs zurück. Ihnen folgten die Ilse-Aktien, die einschliesslich der Dividende von 9 %, die im April abging, von 252 auf 230 %, also um 22 Punkte nachgaben. Mansfeldaktien lagen nicht weniger schwach, da diese Gesellschaft von dem Sturz der Kupferpreise schwer getroffen wird und auch sonst in diesem Jahre grosse Verluste erleidet. Der Kurs gab von 106 auf 85 %, also um 21 Punkte, nach. Rütgerswerke sanken von 78 auf 70%, d. h. um 8 Punkte, und Bergmann am Elektromarkt einschliesslich des Dividendenabschlages von 8,1% von 203 auf 187 %, also um 16 Punkte. Auch Harpener mit 124 nach 130%, Hoesch mit 107 nach 111% und Elektrisch Licht und Kraft mit 168 nach 173 % waren sehr schwach.

Weniger als je kann also im April von einer ausgesprochenen "Tendenz" gesprochen werden. Die grossen Verluste neben den nicht geringen Verdiensten werden aber im grossen und ganzen im besten Falle einen Ausgleich gebracht haben.

Weizen bleibt fest.

(Berliner Getreidebörse vom 25. April)

SPD. Das Angebot an Weizen blieb auch an der Berliner Produktenbörse vom Freitag knapp. Nur aus Mitteldeutschland und aus Schlesien kam einiges Material auf den Markt, das zu unveränderten Preisen Aufnahme fand. Dagegen waren im Zeithandel die Notierungen für September stark abgeschwächt infolge stärkeren Angebots an Ware aus neuer Ernte. Roggen hatte ausgesprochen flauere Tendenz. Das vorhandene Angebot an prompter Inlandsware fand nur schwer Unterkunft, da die Mühlen bei dem schleppenden Mehlgeschäft wenig Aufnahmelust zeigten. Am Markte der Zeitgeschäfte war September um 4, die vorderen Sichten um etwa 3 Mark schwächer, da man bei dem günstigen Wetter die Aussichten für die diesjährige Ernte zurzeit günstig beurteilt. Am Mehlmarkte hatte Weizenmehl Absatz zur Deckung des laufenden Bedarfs bei unveränderten Preisen, während Roggenmehl fast unverkäuflich blieb, obwohl die Forderungen der Mühlen teilweise ermässigt waren. Für Hafer lauten die Forderungen der Eigner vielfach zu hoch, als dass grosse Umsätze zustande kommen könnten. Immerhin hatte der Markt stetige Tende:

	24. April (ab märkische Station in Mark)	25. April
Weizen	276 - 279	278 - 281
Roggen	167 - 170	166 - 169
Braugerste	190 - 202	190 - 202
Futter- und Industrierogerste	175 - 187	175 - 187
Hafer	165 - 172	164 - 170
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	30,50 - 38,25	30,75 - 38,75
Roggenmehl	24,00 - 27,00	24,00 - 27,00
Weizenkleie	9,75 - 10,50	9,75 - 10,50
Roggenkleie	10,50 - 11,00	10,50 - 11,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai 290-289 (Vortag 290), Juli 299 $\frac{1}{2}$ -298 $\frac{1}{2}$ (300 $\frac{1}{2}$), September 270-269 (273). Roggen Mai 178 $\frac{1}{2}$ -177 $\frac{3}{4}$ (181 $\frac{1}{4}$), Juli 190 $\frac{1}{2}$ -190 (193 $\frac{1}{4}$), September 191 (195). Hafer Mai 177 $\frac{1}{2}$ (181), Juli 192 - 191 $\frac{1}{2}$ (194), September - (192 $\frac{1}{2}$).

Berliner Viehmarkt.

(25. April)

SPD. Der Berliner Freitagmarkt zeigte allgemein, wahrscheinlich infolge des günstigen Bestimmungswetters, eine der Nachfrage kaum genügende Viehzufuhr. Das Geschäft war deshalb lebhaft. Auf dem Rindermarkt wurden pro Pfund Lebendgewicht 1 bis 2 Pfennige mehr erzielt. Auf dem Kälbermarkt trat bei den besseren Klassen eine Preiserhöhung um durchweg 1 Pfennig ein und auch auf dem Schweinemarkt ergab sich, im Gegensatz zu der bisher leicht abwärts zeigenden Tendenz, eine Preisbesserung um 1 bis 2 Pfennige.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:
Kühe: a) 45-50 (voriger Markt 44-48), b) 38-43 (36-42), c) 28-34 (28-34) d) 25-27 (24-27), Kälber: a) - (-), b) 78-85 (78-83), c) 60-77 (60-77), d) 40-55 (40-55), Schweine: a) (über 300 Pfund) 65-66 (63-64) b) (240-300 Pfd.) 66-67 (63-66), c) (200-240 Pfd.) 66-68 (64-67), d) (160-200 Pfd.) 65-67 (63-65), e) (120-160 Pfd.) 64-65 (62-63), f) (unter 120 Pfd.) - (-), g) (Sauen) 59-60 (57-58)

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D

Berlin, den 25. April 1930.

Nachsitzen.....X

SPD. "Ich werde doch sehen, ob du ordentlich schreiben lernen wirst", sagte der Lehrer zu Georg Sandler. "Ich habe es in gutem oft genug vergeblich mit dir versucht. Du bleibst heute und alle folgenden Tage nach dem Unterricht hier und schreibst - und zwar so lange, bis du deine Liederlichkeit abgelegt hast!"

Sandler zeigte keine Spur von Niedergeschlagenheit. Mit einem energischer Rück drehte sich der Lehrer um, ging an den Tisch und warf darauf ein zerknittertes Heft. Er war entschlossen, es auf eine Kraftprobe ankommen zu lassen. Er wollte doch sehen, ob er mit einem solchen Bengel nicht fertig werden könnte! Früher, in der vierten Klasse, hatte dieser Sandler ganz schöne Anlagen gezeigt und gar nicht übel geschrieben; jetzt sudelte er, dass es eine Schmach war, und dabei schrieb er so geschwind wie ein Parlamentsstenograph. Es war nur Flüchtigkeit und Liederlichkeit! Das sollte ihm einmal gehörig ausgetrieben werden. Täglich zwei Stunden nach dem Unterricht nachsitzen zu müssen, das würde schon seine Wirkung tun, denn es ist kein Vergnügen. Wahrhaftig nicht - das wusste der Lehrer Peter nur zu gut, und er hatte sich nur schwer zu der drakonischen Massregel entschliessen können, denn auch ihm selbst war das Nachsitzen ein Greuel. Wie seine Buben, so freute auch er sich, wenn er nach abgelaufener Schulzeit die Tür der dunstigen Klasse hinter sich schliessen und in die herrliche Winterluft hinaustreten konnte, um auf einem Spaziergange seine Lungen, den heissen Kopf und die bebenden Nerven zu erfrischen.

Trotz alledem und alledem: er führte seinen Vorsatz durch und liess den Jungen täglich zwei Stunden brummen. Montag, Dienstag, Mittwoch und Donnerstag. Den Freitag wollte er ihm und sich selbst schenken. Und nun war dieser Freitag da, der Tag, auf den die zweite Schönschreibestunde in der Woche fiel. Lehrer Peter hatte die Gelegenheit benützt und jeden Tag auch den einen oder anderen Schmierer mit Sandler gleichzeitig nachsitzen lassen. Heute konnte er mit Genugtuung feststellen, dass sich alle Schriften bedeutend gebessert hatten - bis auf eine einzige. "Vier Kleckse auf einer Seite! Zwei Wörter verwischt! Heute bleibst du drei Stunden da!" Lehrer Peter hatte sich in Zorn geredet. Eine solche Halsstarrigkeit und Unverbesserlichkeit war beispiellos.

Solange der Lehrer tobte, steckte der Knabe eine Armesündermiene auf und zwinkerte lebhaft mit den Augenlidern. Doch sein Aerger erschien, an dem des Lehrers gemessen, nur gering. Bald war ihm nichts mehr von Reue anzumerken. Reue und Aerger befielen aber den Lehrer Peter, der sich erst nach einer Weile klar darüber wurde, was er eben in seinem Zornanfall angestellt hatte. Heute wollte er diesen Bengel drei Stunden lang einsperren, heute - wo auf dem Eisplatz im Stadtpark Konzert war - wo Fräulein Hausmann Schlittschuh laufen würde!

Er sah während dieser Stunde kein Heft mehr nach, nur mit innerem Erleben beschäftigt: schneebereifte Waldbäume, eine glitzernde Eisfläche, über der die blendenden Monde der elektrischen Bogenlampen leuchteten, vom Pavillon her Walterklänge - lauter Vorstellungen, die doch geeignet gewesen wären, die angenehmsten Gefühle zu erwecken. Aber er wurde im Gegenteil immer ärgerlicher.

So kam ihm ein, wie es ihm schien, glücklicher Einfall. Mit Wissen und Willen den Knaben zu entlassen, das brachte er nicht über sich - aber er wollte "vergessen". Das vertrug sich mit der Autorität und der Konsequenz.

Es läutete. Die Schüler packten ein; der Lehrer nahm den Hut und wollte eben "vergessen", da fuhren drei Hände gleichzeitig in die Höhe: "Herr Lehrer, der Sandler muss dableiben!"

Mit finsternerer Stirn ging er zurück. Aus der herrlichen Luft draussen, die die Wangen so wohligh beizte, musste er wieder in die dunstige Atmosphäre der Schulstube. Er gab dem Arrestanten eine Aufgabe, nahm selbst am Tische Platz, zog die Taschenuhr hervor und legte sie vor sich hin. Eine seltsame Stille war jetzt in dem Raum, eine ganz unwahrscheinliche Stille, der die Nerven gar nicht recht trauen wollten. Es war, als müsste, müsste etwas geschehen, etwas herunterfallen, etwas lachen, wispern, scharren, klappern. Aber es war wirklich ganz still jetzt. Von der Strasse herauf erscholl das Rasseln der Wagen, das Läuten der Elektrischen, das Rufen der Kinder. Aber da drinnen war es unsäglich traurig, so dämmerig, düster... Dazu diese Zwangsvorstellungen: Fräulein Hausmann, der gefrorene Gondelteich, die Musik...

Eine Stunde war vorüber. Sie hatte dem Lehrer eine Ewigkeit gedauert. Er erhob sich: nein, es war zu dumm, dass mit der Autorität und der Konsequenz, eine fixe Idee - und überhaupt die ganze Schulmeisterei.

"Du, Sandler, hör einmal! Wirst du von nun an ordentlich schreiben?"

"Ja".

"Das möchte ich dir auch raten/ Ich sperre dich nächstens vier Stunden ein, und wenn ich die Lampe mitbringen muss. Mir wird die Zeit nicht zu lang, Merk dir's! Und jetzt schau, dass du weiterkommst!"

Der Knabe packte seine Sachen zusammen und lief davon. Der Lehrer sah sich im Schulzimmer um, zog den Ueberrock an und trat ans Fenster, um es zu öffnen. Als er den Flügel einhakte, hörte er unten auf der Strasse eine Stimme: "Na, Schorsch? Warum hast denn schon wieder brummen müssen?"

"Geschmiert hab' ich halt wieder."

"Bist du so ein Schmierer?"

"Nöh, das grad nicht, aber weisst, bei uns daheim is nie ein Feuer, grad' zum Erfrieren ist's bei uns daheim - da bleib' ich halt gern a bisschen in der Schul' sitzen!"

Lehrer Peter starrte hinunter auf die belebte Strasse und die beiden Buben. Sein Mund war halb geöffnet und eine Weile unbeweglich. Dann schloss er ihn zu einem Lächeln, das auch dann nicht wich, als er schon auf die Strasse trat - ein ganz seltsames, trauriges Lächeln.

Bertold Kamitz.

Der 1. Mai vor 40 Jahren.^x

SPD. In diesem Jahre wiederholt sich zum vierzigsten Male der Tag, an dem die internationale Arbeiterschaft zuerst den 1. Mai als Weltfeiertag beging.

"Morgen werden in allen Kulturländern der Welt die Arbeiter sich zusammenfinden, um zu Gunsten der internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung, insbesondere des achtstündigen Arbeitstages zu demonstrieren. In welcher Art immer diese Kundgebung stattfindet, ... in dem leitenden grossen Gedanken sind alle Arbeiter, mögen sie in fester gewerkschaftlicher Organisation sich befinden oder keinem Verband angehören, einig. Es gilt, durch die Demonstration zu beweisen, dass die Arbeiterklasse ihre Aufgabe begriffen hat, und dass sie gewillt ist, nicht nachzulassen in dem Kampf für die Befreiung einer Klasse und aller Unterdrückten, bis der ganze volle Sieg errungen ist."

Fünf Spalten umfasste der Aufruf des "Berliner Volksblattes" vom 30. April

1890, der mit einem Glückauf zu diesem wahren werktätigen Menschentum schloss. Seltsame Wiederholung der Geschichte! Auch damals musste sich die deutsche Arbeiterschaft gegen die erlogene Behauptung zur Wehr setzen, dass die Demonstration des 1. Mai nicht einen ausschliesslich friedlichen Charakter trage. Der in den Pariser Beschlüssen im Jahre zuvor feierlich bekundete Wille des internationalen Proletariats, sich auf eine ausschliesslich friedliche Demonstration zu beschränken, erregte den Aerger der Reaktionäre nicht minder als heute, wobei man über den Zweck dieses schändlichen Treibens und über seine Motive nicht im unklaren sein konnte. "Die Rechnung ist nicht ganz dumm, allein die deutschen Arbeiter werden am 1. Mai einen dicken Strich durch sie machen."

Die Rüstung auf den 1. Mai war für die königlich preussischen Behörden eine Aufgabe, die sie mit wahrer Inbrunst ausführten. Die Vorbereitungen, die man traf, und die gesinnungsmässig ein Gemisch aus Heuchelei und Brutalität darstellten, waren nicht viel weniger umfangreich, als sollte es zu einem frischfröhlichen Bürgerkriege gehen. Die Arbeiterschaft jedoch liess sich nicht beirren; es gab allerdings damals keine pseudo-radikale kommunistische Partei, die auch diesen Tag zu "wecken der "Entlarvung" der sozialistischen Führer missbrauchte.-

Am 1. Mai

bleibt mein Zigarrengeschäft
von 2 Uhr ab geschlossen.
Clara verw. W. Hasenclever.
1. Geschäft Chaussee=Str. 49/50
2. Geschäft Brunnenstr. 122.

Am 1. Mai

bleibt mein Geschäft den ganzen
Tag geschlossen.
Albert Auerbach,
Schuh= und Stiefellager,
Cottbuser Damm 7.

Solche Inserate konnte man tagelang im "Berliner Volksblatt", dem "Organ für die Interessen der Arbeiter", lesen. Wenn man weiss, mit welcher Gehässigkeit die Bourgeoisie die Solidaritätsbestrebungen der Arbeiter verfolgte, so erfüllt uns Angehörige einer späteren Generation dieser wahrhafte Bekennermut, der vor schweren persönlichen Opfern nicht zurückscheute, mit gesteigerter Hochachtung.

Tags darauf hatte die sozialdemokratische Presse Deutschlands alle Hände voll zu tun, um über den glücklichen Verlauf der ersten Maifeier, der alle an diese Feier geknüpften Erwartungen weit übertraf, der gespannten Leserschaft zu berichten. Wenn wir heute nach 40 Jahren den Leitartikel lesen, mit dem die Redaktion des "Berliner Volksblatt" die spaltenlangen Darstellungen der Weltfeier einleitet, so wird in uns unmittelbar jenes Gefühl der Mit-Freude, des Mit-Erlebens wach, das der beste Gradmesser für das Gelingen eines Werkes ist. "Nicht bewaffnet, nicht mit der Absicht, sich gewaltsam zu ihren Rechten zu verhelfen, traten die neuen "Franken und Freien" auf das neue Maifeld; ruhig und gemessen nahen sie, ruhig und gemessen forderten sie, und was sie forderten, ist so bescheiden - nur ein kleines Bruchteilchen ihres Rechts, das Recht, zwei Drittel des Tages frei sein zu dürfen, zwei Drittel des Tages vor Ausnutzung bewahrt zu sein. Ein Drittel wollen sie vorläufig opfern, bis es gelungen ist, aller Ausnutzung des Menschen durch den Menschen ein Ziel zu setzen und durch genossenschaftliche Organe der Arbeit den Arbeiter zu einem freien Menschen zu machen. Was keine Macht der Erde jemals versuchte, das hat das arbeitende Volk versucht. Es schuf einen internationalen Weltfeiertag. Alljährlich werden von nun an die Proletarier aller Länder ihr Maifeld abhalten. Die Vorurteile werden allmählich verschwinden, der Widerstand wird über-

wunden werden. Und wenn längst schon andere Feste der vorandringenden Zivilisation erlegen sind, wird von einer freien, glücklichen Menschheit in Freude und Eintracht noch gefeiert werden der 1. Mai - der Maitag der Arbeit."

Es waren wahre Sieges- und Jubelberichte, die die sozialdemokratische Presse ihren Lesern übermittelte: Das verängstigte Bürgertum hatte veranlasst, dass überall sich Militär zu seinem Schutze konzentrierte; doch die gewünschten Zusammenstöße blieben aus. Wo die Arbeiter tagsüber die Arbeitsruhe nicht hatten erzwingen können, kamen sie abends zu gewaltigen Feiern zusammen. Es ist noch heute von besonderem Interesse, zu lesen, wie auch die sogenannte liberale Presse - die "Vossische Zeitung", das "Berliner Tageblatt" usw. - ihren Lesern den 1. Mai als einen "Tag des Schreckens und der Verkündung des roten Terrors auszumalen suchte. Aus Oesterreich, der Schweiz, den drei nordischen Ländern, aus England, Frankreich, Italien, Spanien und Portugal, selbst aus den Vereinigten Staaten liefen Meldungen ein, die vom glänzenden Verlauf der Demonstrationen berichteten. Besonderer Schrecken herrschte in Frankreich, wo der Minister Constans in völliger Verängstigung in Paris "Anarchistenverhaftungen" vornehmen liess. Unter den verhafteten "anarchistischen Führern" befand sich bezeichnender Weise auch der Sozialist Jules Guesde. In Chicago hielten 35 000 Arbeiter einen Umzug mit Musik und Bannern und veranstalteten eine Kundgebung zugunsten des achtstündigen Arbeitstages.

Die Hauptforderungen des 1. Mai sind heute erfüllt. Der Tag aber ist über seine anfängliche Bedeutung hinausgewachsen. Wenn wir ihn heute begehen, so nicht mehr um einzelner bestimmter Punkte willen, mögen sie noch so bedeutungsvoll sein; sondern für die gegenwärtige Generation ist der 1. Mai das Bekennnis zur sozialistischen Gesellschaft, ist er der Tag, an dem wir unsern Willen erneut bekunden, alles daran zu setzen, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen für alle künftigen Generationen unmöglich zu machen.

-eis-

Vierzig Jahre erster Mai:^x

Heraus auf die Strasse; es glüht das Fanal,
Der Maitagfeier zum vierzigsten Mal.
Und vierzigmal schweigt der Maschinen Geklirr,
Aufreckt sich der Mensch aus dem Alltagsgeschirr;
Ein Tag, der ist unser - Prolet, mach dich frei!
Heraus auf die Strasse; es ruft dich der Mai!

Wir gingen durch Dunkel und schritten durch Not,
Und duckten uns knirschend dem Fronherrsgebot.
Wir wurden in düst're Kasernen gesperrt;
Vier Jahre lang schlug uns der Wahnsinn entzwei.
Doch nie starb das Sehnen, die Botschaft des Mai.

Wir bauten aus Trümmern den werdenden Staat
Und weiheten aufs Neue den Herzen die Saat. - -
Noch ist, was wir schufen, von Hassern umringt,
Noch drohen uns Feinde - die Pflugschar springt
Noch stumpf an den Steinen - doch immer aufs neu!
Schenkt Hoffen und Kraft uns der jubelnde Mai.

Ein Frühling ersteht uns aus Winter und Nacht,
Ein Frühling, der alle zur Sonne gebracht.
Dem Frühling das Hoffen, die Sonne, den Glanz,
Dem Sommer die Ernte, die Frucht und den Kranz!
Die Krone dem Tage, der Menschheitstag sei --
Heraus auf die Strasse -- --

wir grüssen den Mai!!!

Walter Schirmeier.

Wie kommt das Alter?^x

Von Efim Zozula

SPD. Wissen Sie, wie es ist, wenn man sich eines schönen Tages plötzlich alt geworden fühlt?

An diesem Tage haben Sie anfangs die Empfindung eines besonderen Wohlbehagens. Wenn Sie an Korpulenz leiden, sagen Ihnen die Bekannten, dass Sie abgenommen haben -- "oh, wie mager sind Sie geworden, um wieviel Sie Jahre jünger ausschauen!" Wenn Sie mager sind, rufen Ihnen dieselben Bekannten zu: "Wie blühend Sie aussehen -- wo haben Sie sich denn so erholt?"

Natürlich geschieht das an einem Frühlingstage. Ach, wie stark der Lebenswille dann ist! . . .

Ihr Spiegelbild befriedigt Sie vollständig. Ihr Aeusseres ist geradezu prachtvoll! Nicht ohne Grund warf Ihnen gestern abends Sofia Michailowna einen Blick zu...- und überhaupt....

Sie promenieren auf der Strasse - im Wind, unter der Sonne, inmitten der Lenzfreude, die niemals restlos geschildert wurde....

Jawohl, man soll leben! Unbedingt! Um jeden Preis! Wir werden noch kämpfen! Wir werden noch....

Und plötzlich....

Plötzlich wirft Ihnen das Leben, gleich einem Henker, die graue Galgenkapuze der Wehmut über den Kopf: ein kleiner Bettelknirps - viermal sei er verflucht! - mit schmutzigem Gesichtchen eilt irgend wohin - weiss der Teufel, wohin er es so eilig hat! - - und, einen Augenblick neben Ihnen stehen bleibend, fragt er Sie besorgt: "Grosspapa, wie spät ist es denn jetzt?"

(Deutsch von S. Borissoff.)

Die Katastrophe von Costesti.

Von unserm nach Coszeszi entsandten Korrespondenten.

SPD. Costesti, Ende April 1930.

Vor zwei Tagen noch freuten sich die Herzen ob der Sonne des Frühlings. Am Ostersonntag senkte man sie in die Grube, in einfachen Särgen, begleitet von Schneeglöckchen und Tulpen, Flieder und Narzissen. Ein endloser Zug, eine unübersehbare Trauergemeinde. Eine Tragödie, die noch Jahrzehnte ihre schwarzen Schatten denen nachsendet, die von ihr betroffen wurden.

Costesti ist eins jener unzähligen rumänischen Bauerndörfer, die sich nicht gerade durch ihre Sauberkeit und hohe Kulturstufe auszeichnen. Trotzdem seit Jahren an der Errichtung einer grösseren Kirche gearbeitet wird, schreiten diese Arbeiten in Anbetracht fehlender notwendiger Kredite nur sehr langsam vorwärts. Die Gläubigen des Pfarrsprengels versammelten sich seit Jahr

und Tag in der kleinen Holzkirche vor der Ortschaft, die Vaters und Grossvaters Hand vor über hundert Jahren errichteten. Wie an jedem Karfreitag in den rumänischen Landen kamen auch die Costesti Gemeindeglieder in der Mitternachtsstunde des Tages vor Ostern vor dem Dorfe zusammen, um den Leichnam Christi symbolisch um die Kirche zu tragen und anschliessend nach gleichfalls symbolisch angedeuteter Beerdigung einer Festmesse beizuwohnen. Zu dem Karfreitagsgottesdienste waren fast sämtliche Familienhäupter der Gemeinde samt ihren Angehörigen erschienen. Während des Gottesdienstes fiel plötzlich eine Kerze, die in einem Kronleuchter brannte, um und entzündete die leicht brennbaren umliegenden Gegenstände. An dem ausgedörrten Holze fanden die Flammen in Bruchteilen von Minuten schnell Nahrung; im Handumdrehen entstand ein erstickender, dichter Rauch, der den in der Kirche Anwesenden die Aussicht benahm. Die Betenden wurden von einer unbeschreiblichen Panik erfasst und versuchten die Ausgänge zu erreichen. Aber nur drei Personen, die in Anbetracht der Ueberfüllung der Kirche in den Türen standen, konnten das Freie erreichen. Die Türen schlossen nämlich nach innen, sodass die aus der Kirche drängende Menge sich gegen die Pforten warf und die Türen versperrte. Die Panik erreichte ihren Höhepunkt, als die dem Altar am nächsten Stehenden bereits von den Flammen ergriffen wurden und lichterloh aufflammten. Der Rauch schnürte die Kehlen zu, und trotz verzweifelter Anstrengungen gelang es nicht, die Tore zu öffnen, da diese von bereits niedergetretenen Kindern und Frauen direkt verbarrikadiert wurden.

Lediglich die drei Geretteten rasten, von irrsinnigem Schreck erfasst, in die Ortschaft und alarmierten die Bevölkerung, die zu Hause geblieben war, um die letzten Vorbereitungen für das Osterfest zu treffen. Bis man jedoch nach der Kirche zurückkam, war das ganze Gebäude bereits ein einziges, unendliches Flammenmeer, und die Kirchgänger waren schon ausnahmslos verbrannt. Da die ganze Gemeinde Costesti nur 150 Familien zählt, so hat jede Familie mehrere Tote zu beklagen.

Eine Augenzeugin, eine alte, verhutzelte Bäuerin in den Sechzigern, die Hände ob der erlittenen Brandwunden in grossen schneeigen Gazeumschlägen, erzählte mir mit gebrochener Stimme, dass der Zufall sie dazu auserkoren hatte, zu den drei Ueberlebenden der Katastrophe zu zählen. Sie kam gerade in dem Augenblicke verspätet in die Kirche, als im Kronleuchter die Unglückskerze umstürzte und die ersten Schreckensschreie ertönten. Mit einem Satze hatte sie auf zitternden Beinen den Ausgang erreicht, als im gleichen Moment die schwere eiserne Kirchentür zuschlug und nach wenigen Augenblicken bereits eine metergrosse Stichflamme aus dem Holzdache zum Himmel schoss. An den vergitterten Fenstern sah die Frau die Menschen in der Kirche verzweifelte Anstrengungen machen, die Gitter auszubrechen, um so ins Freie zu gelangen; alle Versuche misslangen jedoch. In das Gekrach der Balken und den Lärm des einstürzenden Daches mischten sich die Verzweiflungsschreie der mit den Flammen Kämpfenden, von denen die meisten, ehe sie umkamen, wahnsinnig wurden. Als die Zurückgebliebenen von dem furchtbaren Vorgang erfuhren, stürzten sämtliche Einwohner, deren Verwandte und Angehörige sich zum Kirchgange bereit gemacht hatten, nach der Kirche, um zu retten, was zu retten war. Es war jedoch zu spät. In einer knappen halben Stunde war der Kirchenbau zusammengestürzt, waren sämtliche Personen verbrannt. Jammernd und weinend standen die Familienangehörigen umher. Mütter riefen ihre Kinder, und Kinder suchten Eltern. Trotz einsetzen dem Regen waren die Angehörigen nicht von der Unglücksstelle fortzubringen.

Die bereits wenige Stunden nach dem Unglück bei Tagesanbruch in Costesti eintreffende Untersuchungskommission musste feststellen, dass insgesamt hundertvierzig Menschenleben zu beklagen sind, darunter zum überwiegenden Teile Kinder. Eine Identifizierung der toten Körper war unmöglich, da die Leichen bis zur Unkenntlichkeit verkohlt waren. Der Verlustliste der Tragödie von Costesti ist endlos: Kindernamen - Kindernamen - Kindernamen, Väter, Mütter, die drei Geistlichen, der Erste Staatsanwalt, der Bürgermeister, der Notar,

viele Soldaten und der Gendarmeriekommandant mit seinen drei Untergebenen, ein Vater und eine Mutter mit ihren fünf Kindern im Alter von 11 bis 18 Jahren, vier Geschwister, drei Brüder, zwei Schwestern — kein Haus, das der Schnitter Tod verschonte. Ein Bukarester Sanatorium wird gebeten, einer bestimmten Kranken unter keinen Umständen zu verraten, dass ihr Mann und ihre fünf Kinder den Tod in den Flammen fanden. Ein Angehöriger telegraphiert einer Czernowitzer Entbindungsanstalt, jedwede Zeitungen einer vor drei Tagen Mutter gewordenen Frau vorzuenthalten, deren Gatte — vor 11 Monaten angetraut — ums Leben kam. Angehörige in Amerika werden benachrichtigt, dass Vater, dass Mutter, dass die Geschwister nicht mehr leben.

Die Seile knirschen und senken die Reste von Leibern in die Riesengruft, die die Regierung in der Nähe der abgebrannten Kirche schaufeln liess. Die Sargböden schlagen dumpf auf die Sohle, und die Erdschollen poltern schaurig auf die Decke. Kaum Tränen, kaum Schreie des Entsetzens auf Lippen, die stumm wurden. Nur ein Wort beherrscht die Situation: "Warum??!"

Sie wollten das Osterfest freudig begehen und schaufelten sich Gräber zur ewigen Ruhe! — —

1. Mai. X

Wo in der Kiste und Baracke auf dem Land
Und in dem Hinterhaus und in dem Quergebäude
Die Spinne Not ihr höllisches Gewebe spannt,
Fällt in den Schacht des Elends eine Flamme heute.

Der erste Mai: das ist die Solidarität,
Die von Kanton bis Sidney brüderlich verbündet.
Der Vaterländer Grenzen sind wie Spreu zerweht,
Und donnernd ist das eine Vaterland verkündet.

Der erste Mai: das ist der übergrosse Schwung,
Den unser Herz erhält, von Sehnsucht aufgewiegelt.
Er ist Gelöbnis, Schwur, Bekenntnis, Forderung
Und ist das Kommende, das sich im Heute spiegelt.

Weltproletariat, von vieler Not zerzaust,
Steht unterm Himmel wie in einer Kathedrale.
Das rote Banner schwillt aus seiner Arbeitsfaust,
Und seine Hymne ist die Internationale.

Am nächsten Tage, wenn das Herz vom Feiern ruht
Und die Maschinen ihre Melodien brüllen,
Wird aus dem Schweiss, der fliesst, der Völker Bruderblut.
Die Arbeit eint und wird den ersten Mai erfüllen:

Hans Bauer.

SPD. Jüdische Aerzte im Mittelalter.^X Seit dem 11. Jahrhundert haben bereits in rheinischen Städten jüdische Aerzte praktiziert, doch wurden noch im 17. Jahrhundert jüdische Mediziner nicht zum ordentlichen Studium an den Universitäten zugelassen. Sie mussten vielmehr ihre Examina im Auslande machen und erhielten erst im 18. Jahrhundert das Promotionsrecht an deutschen Universitäten. Der sogenannte "Leibzoll" für Juden bestand in Hessen bis zum Jahre 1805.